



FIGU-

ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Sporadisch

Internetz: www.figu.org
E-Brief: info@figu.org

2. Jahrgang
Nr. 57, November 2016

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

US-Amerikas Wahlkampf 2016

Auszug aus dem 663. Gesprächsbericht zwischen Ptaah und Billy vom 6. November 2016

Billy ... Was ich nun aber fragen will: Du hast mir ja vor geraumer Zeit gesagt, dass in den USA die jemals primitivste Wahlschlacht um die US-Präsidentschaft glücklicherweise so entschieden werde, dass das Gros der US-Bevölkerung das kleinere Übel wähle, wodurch ein Weltkrieg vermieden werde. Darüber soll ich jedoch schweigen, weil die «Wände im Center Ohren hätten», folglich alles in die Welt hinausgetragen und damit auch nach US-Amerika getragen würde, was nicht gut wäre und das Wahlgeschehen in negativer Weise beeinflussen könnte, wenn gewisse Elemente dahinter kämen, dass die Clinton wahlmässig «abgesägt» wird und Trump ans Ruder kommt.

Ptaah Es wäre wirklich gefährlich gewesen, wenn du etwas erzählt hättest, denn es wäre in gewissen inneren Regierungskreisen und in bestimmten Geheimdiensten sehr unerfreulicher und gefährlicher Aufruhr entstanden, wenn diese davon erfahren hätten, was ich dir anvertraute. Es wären Wahlmanipulationen sondergleichen entstanden, wie aber auch lebensgefährliche Angriffigkeiten gegen Trump, und zwar in geheimdienstlicher Weise wie auch aus den Reihen demokratischer Fanatiker. Von Seiten der Republikaner-Partei hätte er keine Hilfe erhalten, obwohl er dieser angehört, jedoch, wenn ich meine Meinung zu seinem Verhalten offenlegen will, sagen muss, dass er eigentlich eine eigene Partei vertritt, eben die seine, also sozusagen seine eigene Einmann-Partei. Wie du ihn richtig beurteilt hast, ist er zumindest als Wahlkämpfer in seinen Wahlkampf-motiven chaotisch und ein Katastrophenmensch. Doch dazu muss ich aber sagen, dass er sonst gutgesinnt und nicht arg ist, auch in bezug auf Russland und Putin, mit denen er in ehrlicher Weise ein friedliches politisches, militärisches und wirtschaftliches Einvernehmen anstreben will. Dies im Gegensatz zu Clinton, die hinterhältige und böse Kriegsgedanken hegt gegen Russland und daher erstens in Syrien militärische Aktionen gegen die dort kämpfenden russischen Militärs durchführen und auch gegen Russland selbst kriegsmässig Angriffe durchführen will. Eine Tatsache in bezug auf ihre Angriffs-Gedanken, die sie als Putin- und Russlandfeindin schon lange hegt und auch verwirklichen will. Und würde sie die Präsidentschaftswahl gewinnen, dann wäre ein Atomkrieg unvermeidlich. Glücklicherweise wird das aber nicht geschehen, wie ich dir schon am 30. Juni sagte. Natürlich wird die Welt am nächsten Mittwoch geschockt sein, wenn Trump die Wahl gewinnt, denn seine Redeweise war und ist nicht die kultivierteste, doch hat er gute Ansätze in verschiedenen Richtungen, die er als US-Präsident zu verwirklichen gedenkt, wenn ihm von seinen Beratern und jenen nicht dazwischen gearbeitet wird, die ihn machtbesessen nach ihrem Schema dirigieren wollen und bestimmt in gewissen Dingen auch werden, wie das bei allen US-Präsidenten der Fall war und weiterhin sein wird. Wenn es ihm aber gelingt, dann wird er sich gegen die Globalisierung und dagegen stemmen, dass sich die USA wie bis anhin zu viel in fremde Staaten einmischt und dadurch die Ordnung im eigenen Land vernachlässigt, sondern diese wieder aufbaut. Doch wird die



Zeit erweisen, inwiefern er seine Grundvorstellungen durchsetzen kann, denn nebst ihm sind all die Machtbesessenen um ihn, die ihn nicht nach freiem Willen handeln lassen, sondern ihn nach eigenem Ermessen zu steuern versuchen werden, wie das auch bei Obama der Fall war, dem das Notwendige fehlte, um sich durchsetzen zu können. Und weil Trump kein eigentlicher Politiker, sondern ein Mann des Geschäftes ist, wird er als Präsident in dieser Beziehung einen schweren Stand im eigenen Regierungsbereich haben. Dies wird auch so sein hinsichtlich der Aussenpolitik, wobei auch die Machenschaften der EU-Diktatur dabei massgebend sein werden, denn wenn er dann die Präsidentschaft angetreten hat, wird sich diese bemühen, die für sie durch seine Wahl verlorenen engen Beziehungen und Verbindungen ins Weisse Haus und zur US-Regierung durch neuerliche Verhandlungen neu zu gewinnen. Und wie ich weiss, wird die EU-Diktatur versuchen, die USA auf ihre Seite zu ziehen und mit ihr zusammen eine politische, wirtschaftliche und militärische Machtkoalition zu binden, wobei schon sehr früh ein Koalieren versucht werden wird, und zwar sobald der erste Schock vorbei ist, der die Diktatur trifft, die erwartet, dass nicht Donald Trump, sondern Hillary Clinton die Wahl gewinnt, die einnehmend und gefällig zur EU-Diktatur steht.

Billy Wir werden ja nun sehen, was sich ergibt, wobei ich nicht zweifle, dass deine Voraussage vom Juni richtig war, und der Katastrophenmensch resp. das geringere Übel die US-Präsidentschaft gewinnt – eben Trump. ...

...

Billy Nochmals eine Frage wegen Donald Trump: Du hast gesagt, dass der Mann gutgesinnt, nicht arg und in manchen Dingen völlig desinformiert sei – was ist darunter zu verstehen?

Ptaah Er ist nicht dumm und nicht der schlechte Mensch, wie er von seinen Widersachern beschimpft werden wird, die gegen ihn hetzen und auch Aufruhr zu machen versuchen werden, weil sie allesamt nicht wissen, welche hinterlistige Gedanken und Pläne die Gegnerin Hillary Clinton wirklich hegt, durch die sie eine weltweite Katastrophe auslösen würde, wenn sie an die Macht käme. Was die Wahlkampfreden von Trump betrifft, sind diese erst einmal eben Kampfreden, die nicht in ganzer Form als effektiv verstanden werden dürfen, denn die ganze radikal erscheinende «Ausruferei», wie du solche Reden schon oft bezeichnet hast, ist nur halbwegs oder überhaupt nicht ernst zu nehmen, denn in der Regel werden diese nach einem Amtsantritt immer relativiert. Ausserdem ist Trump in gewissen Dingen, die er vertritt, falsch informiert, wie z.B. hinsichtlich des Klimawandels, sowie der Obama-Care und anderem, wozu aber die Hoffnung besteht, dass er sich diesbezüglich eines Besseren besinnen kann.

Billy Aha, das also steckt hinter deiner Bemerkung.

Ptaah Die ich eigentlich besser hätte erklären sollen.

Billy Was ja nun getan ist, mach also kein Problem daraus. ...

Die unsichtbare Regierung: Krieg, Propaganda, Killary & Trump – Psychopathen an der Macht

John Pilger; Sputnik; Di, 01 Nov 2016 08:39 UTC

Der amerikanische Journalist Edward Bernays wird oft als der Mann beschrieben, der die moderne Propaganda erfunden hat. Bernays, der Neffe von Sigmund Freud, dem Pionier der Psychoanalyse, prägte den Begriff «Public Relations», ein Euphemismus für Meinungsmache und deren Täuschungen. (Anm.d.Ü.: «Public Relations», kurz PR, ist ein sehr umfassender Begriff. Am ehesten entspricht der Begriff dem deutschen Begriff «Öffentlichkeitsarbeit», aber auch Begriffe wie «Firmenwerbung», «Pressearbeit», «Kontaktpflege» oder «Werbung». Bernays benutzte ihn, weil der Begriff «Propaganda» nach dem ersten Weltkrieg verbrannt war und eine negative Konnotation bekommen hatte. Darüber hinaus würde ich Bernays nicht als Journalisten bezeichnen, eher als brillanten, aber teuflischen Wissenschaftler.)

1929 überredete er Feministinnen dazu, das Zigarettenrauchen für Frauen zu fördern, indem sie rauchend bei einer New Yorker Parade mitmarschierten – ein damals unerhörtes Verhalten. Eine Feministin, Ruth Booth, rief aus: «Frauen! Entzündet eine weitere Fackel der Freiheit! Bekämpft dieses sexuelle Tabu!»

Der Einfluss Bernays geht weit über die Werbung hinaus. Sein grösster Erfolg war seine Rolle beim Überreden der amerikanischen Öffentlichkeit zum Mitmachen beim Gemetzel im Ersten Weltkrieg. Das Geheimnis sei, so sagte er, «das Erzeugen von Zustimmung» bei den Menschen, damit man sie «nach unserem Willen kontrollieren und dirigieren kann, ohne dass sie es merken».

Dies beschrieb er als «die wahre herrschende Macht in unserer Gesellschaft» und nannte es eine «unsichtbare Regierung». Diese unsichtbare Regierung ist heute noch mächtiger und wird noch weniger verstanden. In meiner langen Laufbahn als Journalist und Filmemacher habe ich noch nie so eine Propaganda erlebt wie sie sich heute in unser Leben schleicht und damit durchkommt.

Stellen Sie sich zwei Städte vor. Beide werden von den jeweiligen Regierungstruppen belagert. Beide Städte sind von Fanatikern besetzt, die schreckliche Greuelthaten begehen, zum Beispiel Enthauptungen. Aber es gibt einen entscheidenden Unterschied.

Bei der einen Belagerung werden die Regierungstruppen von westlichen Reportern (die eingebettet sind) als Befreier bezeichnet. Begeistert berichten sie über die Kämpfe und die Luftangriffe. Es gibt Fotos auf den Titelseiten mit heldenhaften Soldaten mit dem V für Victory. Zivile Opfer werden kaum erwähnt.

In der zweiten Stadt – in einem Land gleich in der Nachbarschaft – passiert fast genau dasselbe. Regierungstruppen belagern eine Stadt, die von derselben Brut aus Fanatikern kontrolliert wird. **Der Unterschied ist der, dass diese Fanatiker von «uns» – den Vereinigten Staaten und Grossbritannien – unterstützt, beliefert und bewaffnet werden.** Sie besitzen sogar ein Medienzentrum, das von Grossbritannien und Amerika finanziert wird. (Anm.d.Ü.: Nicht zu vergessen die starke Rolle Frankreichs.) Ein weiterer Unterschied ist: Die Regierungssoldaten, die diese Stadt belagern, sind die schlechten Jungs, sie werden für die Angriffe und Bombardements auf die Stadt verurteilt – genau das, was die guten Soldaten in der ersten Stadt auch tun.

Verwirrend? Nicht wirklich. **Das ist die grundlegende Doppelmoral, der Kern von Propaganda.** Ich beziehe mich natürlich auf die gegenwärtige Belagerung der Stadt Mosul durch irakische Regierungstruppen, die von den USA und UK unterstützt werden, und auf die Belagerung von Aleppo durch die Regierungstruppen Syriens, unterstützt von Russland. Die einen sind die Guten, die anderen sind die Schlechten.

Worüber selten berichtet wird: Beide Städte wären nicht von Fanatikern besetzt und durch Krieg verwüstet, **wenn nicht 2003 Grossbritannien und die Vereinigten Staaten in den Irak einmarschiert wären.** Dieses kriminelle Unternehmen wurde mit Lügen begonnen, verblüffend ähnlich der Propaganda, die heute unser Verständnis über den Bürgerkrieg (autsch!) in Syrien verzerrt. Ohne dieses Propagandagetrommel, **das sich als Nachrichten verkleidet,** würden die monströsen ISIS und Al-Qaida und al-Nusra und der ganze Rest aus dschihadistischen Banden wahrscheinlich gar nicht existieren, und die Menschen in Syrien müssten heute nicht um ihr Überleben kämpfen. Einige erinnern sich vielleicht, wie 2003 nacheinander eine Reihe von BBC-Reportern in die Kamera sprachen und Blair für das «verteidigten», **was sich als das Verbrechen des Jahrhunderts herausstellte.** Die US-Fernseher produzierten für George W. Bush die gleiche Einschätzung. Fox News zerrte Henry Kissinger vor die Kamera und der war ganz begeistert von Colin Powells Fälschungen. Im selben Jahr, kurz nach der Invasion, drehte ich in Washington ein Interview mit Charles Lewis, dem bekannten amerikanischen Investigativjournalisten. Ich fragte ihn: «Was wäre passiert, wenn die freiesten Medien auf der Welt ernsthaft das angezweifelt hätten, was sich als plumpe Propaganda herausstellte?»

Er antwortete, dass **wenn die Journalisten ihre Arbeit gemacht hätten,** «dann hätte eine sehr, sehr gute Chance bestanden, dass wir nicht in den Irak gegangen wären.»

Das war eine schockierende Äusserung, eine, die von anderen berühmten Journalisten, denen ich dieselbe Frage stellte, unterstützt wurde – Dan Rather von CBS, David Rose vom Observer und Journalisten und Produzenten der BBC, sie wollen lieber anonym bleiben. Mit anderen Worten: **Hätten Journalisten ihren Job gemacht,** hätten sie die Propaganda angezweifelt und untersucht, anstatt sie zu verstärken, **dann wären heute Hunderttausende Männer, Frauen und Kinder noch am Leben, und es gäbe kein ISIS und keine Belagerung in Aleppo und Mosul.** Dann hätte es am 7. Juli 2005 auch keine Anschläge auf die Londoner U-Bahn gegeben. Dann wären auch nicht **Millionen von Flüchtlingen geflohen, und es gäbe keine elende Lager.**

Als im letzten November die terroristischen Anschläge in Paris passierten, da **hat Präsident François Hollande sofort mit Kriegsflugzeugen Syrien bombardieren lassen – und wie vorhersehbar folgte weiterer Terrorismus.** Das Ergebnis von Hollandes pompösen «Frankreich befindet sich im Krieg» und «keine Rücksicht nehmen». Dass sich staatliche Gewalt und dschihadistische Gewalt gegenseitig hochschaukeln, **das ist eine Wahrheit,** die sich kein nationaler Führer auszusprechen traut.

Der sowjetische Dissident Yevtushenko sagte: «Wenn die Wahrheit durch Schweigen ersetzt wird, **dann ist das Schweigen eine Lüge.»**

Der Angriff auf den Irak, der Angriff auf Libyen und der Angriff auf Syrien geschahen, weil die Führer dieser Länder keine Marionetten des Westens waren. Die Menschenrechtsbilanz eines Saddam oder eines Gaddafi waren ohne Bedeutung. Sie haben Befehle nicht befolgt und wollten die Kontrolle über ihre Länder nicht hergeben. Das gleiche Schicksal erwartete Slobodan Milosevic, nachdem er sich geweigert hatte, ein Abkommen zu unterzeichnen, das eine Besetzung Serbiens und eine Umwandlung in eine Marktwirtschaft verlangte. Sein Volk wurde bombardiert, und er wurde in Den Haag angeklagt. Eine solche Unabhängigkeit ist nicht hinnehmbar. WikiLeaks hat aufgedeckt, dass der syrische Führer Bashar al-Assad erst nach seiner Ablehnung einer Ölpipeline von Katar durch sein Land nach Europa im Jahr 2009 angegriffen wurde.

Von diesem Moment an plante die CIA die Zerstörung der syrischen Regierung durch dschihadistische Fanatiker – jene Fanatiker, die die Bevölkerung in Mosul und in Aleppo als Geiseln halten. Warum kommt das nicht in den Nachrichten? Der frühere britische Aussenamtsvertreter Carne Ross, der für die Sanktionen gegen den Irak zuständig war, erzählte mir: «Wir haben die Journalisten mit irrelevanten Tatsachen aus gesäuberter Aufklärung gefüttert, oder wir haben sie kaltgestellt. So funktionierte das.»

Saudi Arabien, der mittelalterliche Kunde des Westens – an den die USA und UK Waffen für Milliarden von Dollar verkaufen –, zerstört zur Zeit den Jemen, ein Land so arm, dass in normalen Zeiten schon die Hälfte der Kinder unterernährt ist. Schauen Sie sich YouTube an und Sie werden die massiven Bomben sehen – «unsere Bomben», die die Saudis gegen bitterarme Dörfer einsetzen, und gegen Hochzeiten und Beerdigungen. Die Explosionen sehen wie kleine Atombombenexplosionen aus. Die Richtschützen in Saudi Arabien arbeiten eng mit britischen Offizieren zusammen. Diese Tatsache erscheint nicht in den Abendnachrichten.

Propaganda ist dann am effektivsten, wenn unsere Zustimmung von Leuten mit feiner Erziehung hergestellt wird – Oxford, Cambridge, Harvard, Columbia – und mit einer Karriere bei BBC, dem Guardian, der New York Times, der Washington Post. Diese Organisationen sind als die liberalen Medien bekannt. Sie präsentieren sich selbst als aufgeklärte, progressive Tribune des moralischen Zeitgeists. Sie sind anti-rassistisch, pro-feministisch und Pro-LGBT. Und sie lieben Krieg.

Und während sie für den Feminismus reden, unterstützen sie räuberische Kriege, die die Rechte unzähliger Frauen verweigern, darunter das Recht auf Leben. Libyen, damals ein moderner Staat, wurde 2011 unter dem Vorwand zerstört, Muammar Gaddafi wolle an seinem eigenen Volk Völkermord begehen. So lauteten permanent die Nachrichten und es gab keine Beweise. Es war eine Lüge.

Grossbritannien, Europa und die USA wollten in Libyen, dem grössten Erdölproduzenten Afrikas, in Wahrheit etwas, das sie gerne «Regimewechsel» nennen. Gaddafis Einfluss auf dem Kontinent und vor allem seine Unabhängigkeit waren nicht hinnehmbar. Und so wurde er von Fanatikern mit einem Messer in seinem Hinterteil ermordet, unterstützt von Amerika, Britannien und Frankreich. Hillary Clinton begrüßte seinen grausamen Tod vor laufender Kamera mit den Worten: «Wir kamen, wir sahen, er starb!»

Die Zerstörung Libyens war ein Triumph der Medien. Als die Kriegstrommeln schlugen, schrieb Jonathan Freedland im Guardian: «Obwohl echte Risiken bestehen, gibt es gute Gründe für eine Intervention.» Intervention – was für ein höfliches, bescheidenes Guardian-Wort. Seine wahre Bedeutung für Libyen lautet Tod und Zerstörung.

Nach ihren eigenen Aufzeichnungen flog die NATO in Libyen 9700 «Luft einsätze», mehr als ein Drittel davon richtete sich gegen zivile Ziele. Darunter Geschosse mit Uransprengköpfen. Schauen Sie sich die Fotos der Trümmer von Misurata und Sirte an, und die vom roten Kreuz identifizierten Massengräber. Ein UNICEF-Bericht zu den getöteten Kindern sagt: «Die meisten (davon) unter zehn Jahre alt.»

Als eine direkte Konsequenz wurde Sirte zur Hauptstadt des ISIS.

Die Ukraine ist ein weiterer Triumph der Medien. Renommiertere liberale Zeitungen wie die NYT, die Washington Post und der Guardian, Massensender wie BBC, NBC, CBS und CNN spielten eine entscheidende Rolle dabei, die Leser und Zuschauer so zu konditionieren, dass sie einen neuen und gefährlichen Kalten Krieg akzeptieren. Alle haben die Ereignisse in der Ukraine falsch als eine bössartige Tat Russlands wiedergegeben, dabei war der Staatsstreich 2014 in der Ukraine in Wahrheit das Werk der Vereinigten Staaten, unter Mithilfe Deutschlands und der NATO.

Diese Umkehrung der Realität ist so tiefgreifend, dass die militärische Einschüchterung Russlands durch Washington gar keine Meldung mehr wert ist. Das wird hinter einer Schmier- und Angstkampagne versteckt, wie ich sie während des Ersten Kalten Krieges erlebt habe. Wieder einmal kommen die Russen, angeführt von einem neuen Stalin, den der «Economist» als den Teufel darstellt.

Die Unterdrückung der Wahrheit zur Ukraine ist einer der vollständigsten Medien-Blackouts, an die ich mich erinnere. Die Faschisten, die den Umsturz in Kiew bewerkstelligten, sind dieselbe Sorte, die die Nazi-Invasion

1941 in die Sowjetunion unterstützten. Von allen Schrecken über einen Aufstieg eines faschistischen Antisemitismus in Europa erwähnt nicht ein Führer je die Faschisten in der Ukraine – ausser Wladimir Putin. Aber der zählt nicht.

Viele in den westlichen Medien haben hart daran gearbeitet, die ethnisch russisch-sprachige Bevölkerung der Ukraine als Aussenseiter im eigenen Land hinzustellen, als Agenten Moskaus, fast nie als Ukrainer, die eine Föderation innerhalb der Ukraine wollten und als ukrainische Bürger Widerstand gegen einen vom Ausland gesteuerten Umsturz gegen ihre gewählte Regierung leisteten.

Es herrscht fast eine Freude wie bei einem Klassentreffen der Kriegstreiber. Die Kriegstrommler der ‹Washington Post› für einen Krieg mit Russland sind genau dieselben Redakteure, die die Lüge verbreitet haben, Saddam besitze Massenvernichtungswaffen.

Für die meisten von uns ist der amerikanische Präsidentschaftswahlkampf eine Medien-Freakshow. Und Donald Trump ist dabei der Erz-Bösewicht. Aber Trump wird von den Mächtigen in den USA aus Gründen verachtet, die wenig mit seinem widerlichen Verhalten und seiner Meinung zu tun haben. Für die unsichtbare Regierung in Washington ist der unberechenbare Trump ein Hindernis für Amerikas Entwurf für das 21. Jahrhundert.

Es geht um die Aufrechterhaltung der Vorherrschaft der Vereinigten Staaten und die Unterjochung Russlands und, wenn möglich, Chinas.

Für die Militaristen in Washington ist das Hauptproblem mit Trump, dass er in seinen lichten Momenten anscheinend keinen Krieg mit Russland will. Er will mit dem russischen Präsidenten reden, nicht kämpfen. Er sagt, er will mit dem Präsidenten Chinas reden. In seiner ersten Debatte mit Hillary Clinton versprach Trump, er würde in einem Konflikt nicht als erster Atomwaffen einsetzen. Er sagte: «Ich würde sicher keinen Erstschlag machen. Wenn der nukleare Gegenschlag kommt, dann ist es vorbei.» Das kam nicht in den Nachrichten.

Ist es ihm ernst damit? Wer weiss. Er widerspricht sich oft selbst. Aber eines ist klar: Trump wird als eine ernsthafte Bedrohung für den Status Quo gesehen, der durch den ausufernden nationalen Sicherheitsapparat aufrechterhalten wird, der die Vereinigten Staaten beherrscht, egal wer im Weissen Haus sitzt.

Die CIA will, dass er verliert. Das Pentagon will, dass er verliert. Die Medien wollen, dass er verliert. Sogar seine eigene Partei will, dass er verliert. Er ist eine Bedrohung für die Herrscher über die Welt – im Gegensatz zu Clinton, die keinen Zweifel daran lässt, dass sie zu einem Krieg mit den Nuklearmächten Russland und China bereit ist.

Clinton hat das Format, sie brüstet sich oft damit. Ihre Bilanz lässt sich in der Tat sehen. Als Senatorin unterstützte sie das Blutbad im Irak. Als sie 2008 gegen Obama antrat, drohte sie damit, den Iran ‹total zu vernichten›. Als Aussenministerin half sie bei der Zerstörung der Regierungen in Libyen und Honduras und sie begann mit der Hetzerei gegen China. Jetzt wirbt sie um Unterstützung für eine Flugverbotszone in Syrien – eine direkte Kriegsprovokation an Russland. Clinton wird vielleicht in meinem Leben zum gefährlichsten Präsidenten der Vereinigten Staaten – eine hart umkämpfte Auszeichnung.

Ohne den geringsten Beweis beschuldigt sie Russland der Unterstützung Trumps und dass es ihre e-mails hackt. Diese von WikiLeaks veröffentlichten e-mails erzählen uns: Was Clinton im Privaten sagt, in ihren Reden an die Reichen und Mächtigen, ist das Gegenteil von dem, was sie öffentlich sagt. Daher ist es so wichtig, Julian Assange zum Schweigen zu bringen und zu bedrohen. Als der Herausgeber von WikiLeaks kennt Assange die Wahrheit. Und denjenigen, die sich Sorgen machen sei versichert, es geht ihm gut und WikiLeaks funktioniert hervorragend.

Heute ist die grösste von amerikanischen Truppen angeführte Truppenmassierung seit dem Zweiten Weltkrieg unterwegs – im Kaukasus und in Osteuropa, an der Grenze zu Russland, und in Asien und im Pazifik, wo China das Ziel ist. Denken Sie daran, wenn der präsidentiale Wahlzirkus am 8. November seinen Höhepunkt erreicht. Wenn die Gewinnerin Clinton heisst, dann wird ein griechischer Chor ahnungsloser Kommentatoren ihre Krönung als einen grossen Fortschritt für die Frauen feiern. Keiner von ihnen wird die Opfer Clintons erwähnen: Die Frauen Syriens, die Frauen im Irak, die Frauen Libyens. Niemand spricht von den Zivilschutzübungen in Russland. Niemand wird sich an Edward Bernays ‹Fackeln der Freiheit› erinnern.

Der Pressesprecher von George Bush bezeichnete die Medien einmal als ‹mitschuldige Helfer›.

Das kommt von einem hochrangigen Vertreter einer Administration, deren Lügen mit Hilfe der Medien so viel Leid verursacht haben. Diese Bezeichnung sollte uns eine Warnung aus der Geschichte sein.

1946 sagte der Ankläger bei den Nürnberger Prozessen über die deutschen Medien: «Vor jeder grossen Aggression haben sie eine Pressekampagne gestartet, mit der Absicht, die Opfer zu schwächen und das deutsche Volk psychologisch für den Angriff vorzubereiten. In diesem Propagandasystem waren die Tagespresse und das Radio die wichtigsten Waffen.»

Quelle: <https://de.sott.net/article/26786-Die-unsichtbare-Regierung-Krieg-Propaganda-Killary-Trump-Psychopathen-an-der-Macht>

Wie die Wall Street die Clintons kaufte

Veröffentlicht am 30. Oktober 2016 von Dieter

Von WikiLeaks am Mittwoch veröffentlichte Dokumente geben den bisher weitestgehenden Einblick in die Art und Weise, wie Bill und Hillary Clinton ihr privates Vermögen in den Jahren nach dem Auszug aus dem Weissen Haus 2001 vermehrt haben. Hunderte Memos und Emails zeichnen ein detailliertes Bild, wie Konzerne und Banken benutzt wurden, um hunderte Millionen Dollar in die profitorientierten Unternehmen zu schleusen, die vom privaten Assistenten Bill Clintons, Douglas Band, gegründet und als «Bill Clinton AG» bezeichnet wurden.

In einem entlarvenden zwölfseitigen Memo von November 2011 legte Band detailliert dar, wie er eine Beraterfirma mit Namen Teneo gründete, um Firmenchefs und Banker zu veranlassen, grosse Spenden für die wohltätige Clinton Foundation (Stiftung) locker zu machen. Gleichzeitig pflegte er sie dann auch noch zu drängen, hohe, meist sechsstellige, Honorare für Reden des Ex-Präsidenten bereitzustellen.

Die «Washington Post» erläuterte in einer Titel-Geschichte vom Donnerstag, dass das Band-Memo einen Bereicherungskreislauf erläuterte, in dem er Geld von riesigen Konzernen wie Dow Chemical und CocaCola für die Clinton Foundation akquirierte, die Kunden seiner Beratungsfirma Teneo waren. Zahlreiche dieser Spender veranlasste er auch noch dazu, zum persönlichen Einkommen des Ex-Präsidenten beizutragen.

Bands Memorandum ist mit exakten Zahlen über den Fluss des Geldes in Bill Clintons Taschen gespickt. Das detaillierte Memorandum entstand infolge einer erbitterten internen Auseinandersetzung im Clinton-Lager. Chelsea Clinton, Bill Clintons Tochter, heiratete 2010 den Hedge Fond Verwalter Marc Mezvinsky. Nachdem sie an der Wall Street gearbeitet hatte, wurde sie 2011 in den Aufsichtsrat der Clinton-Foundation berufen und begann bald die Aktivitäten Bands in Frage zu stellen.

Den im letzten Monat veröffentlichten Emails zufolge beschuldigte Chelsea Clinton Band und seinen Geschäftspartner Declan Kelly persönlich von Bands langjähriger Verbindung zu ihrem Vater profitiert zu haben. Band war jahrelang Clintons persönlicher Assistent, der in den letzten Jahren seiner Präsidentschaft mit ihm überall hin reiste.

Band richtete das Memo an die Rechtsanwaltskanzlei Simpson Thatcher, die eingeschaltet worden war, um eine interne Untersuchung der Geschäfte der Clinton Foundation durchzuführen. In dem Memo wies er den Vorwurf der Bereicherung zurück. Er schlug sogar gegen die Clintons zurück, indem er darauf hinwies, dass Bill Clinton selbst viel höheren Profit für sich selbst herausgeschlagen habe, als Band oder Teneo.

Band beschwerte sich, dass er ein Dokument unterzeichnen sollte, in dem er einen Interessenkonflikt mit der Clinton Global Initiative (CGI) anerkennen und allen persönlichen Vorteilen aus den Geschäften der Wohltätigkeitsorganisation abschwören sollte – «der Ex-Präsident WJC (William Jefferson Clinton) aber seltsamerweise nicht, obwohl er persönlich von drei CGI Sponsoren bezahlt wurde, von denen er auch noch viele teure Geschenke bekommt, usw.»

Wichtiger als die grossen Summen, die er für die Clinton Library und die Clinton Foundation zu akquirieren half, waren die Firmen, die er an Land zog, um Bill Clinton persönlich finanziell zu unterstützen.

Der Vorstandschef von UBS Wealth Management, Bob McCann, war ein langjähriger Kunde von Declan Kelly, Bands Partner. Dem Band-Memo zufolge stellte Kelly McCann Präsident Clinton 2009 bei einem amerikanischen Spendenabend vor. Kelly bat McCann später um Unterstützung für die Stiftung. Er kam dem via der Clinton Economic Opportunity Initiative nach. Kelly schlug McCann auch vor, Präsident Clinton anzubieten, mehrere bezahlte Reden zu halten, was er auch tat.

Presseberichten zufolge zahlte UBS von 2011 bis 2015 für Reden ca. zwei Millionen Dollar Honorar an Clinton. Oft trat er gemeinsam mit seinem republikanischen Nachfolger George W. Bush auf. An Hillary Clinton zahlte UBS 2013 für eine einzige Rede ein Honorar von 225 000 Dollar.

Die lukrativste Beziehung, die Band vermittelte, war die mit Laureate International Universities, der grössten profitorientierten Kette privater Colleges weltweit. Laureate war die einzige Institution, die mehr an Bill Clinton persönlich zahlte, als an die Clinton Foundation, nämlich prächtige 3,5 Millionen Dollar pro Jahr, «für seine Beratung und für seine Dienste als ihr Ehrenvorsitzender».

Ein Abschnitt des Band-Memos steht unter der Überschrift «Unabhängige profitorientierte Aktivitäten des Präsidenten (Bill Clinton AG)». Der ehemalige Assistent Clintons schreibt: «In dieser Rubrik haben wir als Ver-

mittler, Anwälte, Manager und Umsetzer gearbeitet, um Aufträge für Reden und Wirtschafts- und Beratungsdienste an Land zu ziehen. Für die profitorientierten Dienste des Präsidenten haben wir nach Bedarf auch alle möglichen Sachleistungen für den Präsidenten und seine Familie akquiriert, wie zum Beispiel Erstattungen für persönliche Reise- und Bewirtungskosten, Urlaube usw.»

Alles zusammengenommen belief sich das auf «mehr als fünfzig Millionen Dollar im profitorientierten Bereich und auf 66 Millionen für noch ausstehende Verträge, falls er sich entschliessen sollte, diese Engagements weiterzuführen.» Darunter fielen vier geschäftliche Verträge für den Ex-Präsidenten zu der Zeit, in der das Memo geschrieben wurde, d.h. Ende 2011, sowie zahlreiche bezahlte Reden und andere Auftritte.

Bands Darstellung gibt die wirkliche Substanz kapitalistischer Politik wieder. Bill Clinton wurde als ehemaliger Präsident für seine Dienste reich entlohnt, die er der kapitalistischen Klasse Amerikas geleistet hatte. Gleichzeitig waren die wirtschaftlichen Kontakte auch der politischen Karriere von Hillary Clinton förderlich, die von 2001 bis 2009 Senatorin von New York State, erfolglose Bewerberin um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten 2008 und Aussenministerin von 2009 bis 2013 war.

Alle Informationen, die von WikiLeaks über Clintons Wahlkampf bekannt gemacht wurden, stammen aus Emails und Email-Anhängen, die von Clintons Wahlkampfleiter, John Podesta stammen oder an ihn gerichtet waren. Podesta ist ein Fixpunkt des Demokratischen Flügels des amerikanischen Establishments. Er war von 1998 bis 2001 Stabschef Bill Clintons im Weissen Haus, gründete und leitete das Center for American Progress, einen an den Demokraten orientierten Thinktank von 2002 bis 2011 und kehrte von 2014 bis 2015 als Rechtsberater von Präsident Obama ins Weisse Haus zurück.

Das Clinton-Lager hat auf die jüngsten WikiLeaks Enthüllungen nicht reagiert, sondern beschränkt sich darauf zu behaupten, dass das gesamte Material «von der russischen Regierung gehackt und von WikiLeaks zu einer Waffe gemacht wurde.»

Die US-Regierung und die demokratische Wahlkampfleitung behaupten, dass Russland für das Hacking verantwortlich sei, obwohl es dafür keinerlei Beweise gibt. Die angebliche russische «Einmischung» in einen amerikanischen Wahlkampf wird stattdessen in die generelle Dämonisierung des russischen Präsidenten Wladimir Putin eingebettet.

Der vielleicht explosivste Aspekt der jüngsten WikiLeaks Dokumente ist, dass sie zum ersten Mal einen konkreten Hinweis auf eine Verbindung zwischen dem Spendensammeln der Clinton Foundation und Zahlungen an Bill Clinton auf der einen und zu Hillary Clintons Handeln als Aussenministerin auf der anderen Seite erhalten.

Einer von Teneos Hauptkunden, Dow Chemical, tätigte in Nordirland eine grosse Investition als Hillary Clinton Aussenministerin war. Clinton ernannte Declan Kelly, den Partner von Douglas Band beim Spendensammeln für die «Clinton AG», zum Vertreter des Aussenministeriums für die Ermunterung amerikanischer Investitionen im britischen Gebiet. Dow zahlte 2011 2,8 Millionen Dollar an Teneo. 2012 stiegen die Zuwendungen auf 19,4 Millionen Dollar an. Das ergibt sich aus internen Dokumenten von Dow, wie die «Washington Post» berichtet. Ein Kontrolleur, der von der Firma angeheuert wurde, schrieb später: «Dow scheint Teneo für Beziehungen zu Clinton zu bezahlen.»

Quelle: <http://krisenfrei.de/wie-die-wall-street-die-clintons-kaufte/>

Exklusiv-Interview mit Julian Assange und John Pilger: «Die Clinton-Stiftung ist ein Hort systematischer Korruption» und direkter Finanzier von IS

RT Deutsch; Fr, 04 Nov 2016 07:46 UTC

Der Mitbegründer von Wikileaks gibt unmittelbar vor den US-Wahlen ein exklusives Interview an RT. Laut Assange werden Hillary Clinton und die Terrormiliz IS aus der gleichen Quelle finanziert. Donald Trump sei ein Sieg bei den US-Wahlen nicht gestattet.

In dem am morgigen Samstag erscheinenden Interview beschuldigt Julian Assange die US-Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton der Irreführung der amerikanischen Bevölkerung. Dabei geht es vor allem um den wahren Umfang der Unterstützung des sogenannten «Islamischen Staates» (Anm. Islamistischen Staates) durch Washingtons Verbündete im Nahen Osten.

In dem am morgigen Samstag erscheinenden Interview beschuldigt Julian Assange die US-Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton der Irreführung der amerikanischen Bevölkerung. Dabei geht es vor allem um den wahren Umfang der Unterstützung des sogenannten «Islamischen Staates» (Anm. Islamistischen Staates) durch Washingtons Verbündete im Nahen Osten.



© RT; Julian Assange

So drängte die ehemalige Aussenministerin Hillary Clinton in einer im vergangenen Monat durch WikiLeaks öffentlich gemachten E-Mail den damaligen Berater Barack Obamas, John Podesta, auf Katar und Saudi-Arabien «Druck auszuüben», da diese ISIS – dem Islamischen Staat (Anm. Islamistischen Staat) – und anderen radikalen Gruppen verdeckte finanzielle und logistische Unterstützung zukommen lassen.

«Ich denke, dass es sich dabei um die wichtigste E-Mail der gesamten Sammlung handelt», äussert Assange im Exklusiv-Interview.

Alle ernstzunehmenden Analysten sind sich darüber im Klaren und selbst die US-Regierung stimmte dem zu, dass einige Saudis den IS unterstützt und gefördert haben. Der Kniff bestand aber immer darin, zu behaupten, dass es sich um einige «skrupellose» Prinzen gehandelt habe, die ihr Öl-Geld dafür nutzen, zu tun, was immer ihnen beliebt und dass die Regierung dies nicht billige. Diese E-Mail allerdings besagt, dass es sich bei den Quellen der Finanzierung des IS vielmehr um die saudische und katarische Regierung selbst handelt.

Assange und John Pilger, die sich für das 25-minütige Interview in der ekuadorianischen Botschaft getroffen hatten, in der der Whistleblower seit 2012 als Flüchtling Asyl genießt, sprechen ausserdem über Interessenkonflikte Clintons während Obamas erster Amtszeit, die Stiftung ihres Gatten sowie nahöstliche Politiker und Diplomaten, deren Ankündigungen, den Terrorismus bekämpfen zu wollen, nicht aufrichtig waren.

Die Saudis, die Kataris, die Marokkaner, Bahrain und insbesondere die beiden Erstgenannten geben also all das Geld der Clinton-Stiftung, während Hillary Clinton Aussenministerin ist. Das Aussenministerium wiederum genehmigt umfangreiche Waffenverkäufe, insbesondere an die Saudis.

Unter Hillary Clinton – und Clintons E-Mails verweisen auf entsprechende Gespräche darüber – wurde mit Saudi-Arabien für mehr als 80 Milliarden US-Dollar der grösste Waffendeal abgeschlossen, der weltweit jemals stattgefunden hat. Während ihrer Amtszeit verdoppelte sich die Gesamthöhe US-amerikanischer Waffenexporte.

Die Folge all dessen ist, dass diese berühmt-berüchtigte Gruppe von Dschihadisten namens IS oder ISIS grösstenteils mit Geld von Leuten geschaffen wurde, die der Clinton-Stiftung Geld überweisen?

Ja.

Pilger befragt Assange ebenfalls über die stetige Häufung an Beschuldigungen seitens des Clinton-Camps und westlicher Medien gegenüber WikiLeaks. Diese behaupten, dass WikiLeaks es darauf abgesehen habe, die in der kommenden Woche stattfindenden US-Präsidentenwahlen zu Gunsten Donald Trumps zu drehen – vielleicht gar auf Geheiss Russlands.

Assange jedoch erachtet die Aussichten Trumps, zu gewinnen, als gering – und dies nicht unbedingt, weil er nicht genügend Wählerschaft hinter sich hätte.

«Meiner Analyse nach ist es Trump nicht erlaubt, zu gewinnen», sagt Assange. «Warum sage ich das? Weil sich das Establishment von ihm abgewendet hat. Trump hat, mit Ausnahme der Evangelikalen vielleicht, nicht eine Gruppe des Establishments hinter sich, sofern man die Evangelikalen denn überhaupt als Vertreter des Establishments benennen möchte.»

Die Gegner des Immobilienmagnaten, dessen Kundgebungen täglich Rekordzulauf verbuchen können, seien schlicht zu mächtig: Banken, Geheimdienste, Rüstungsunternehmen, das ausländische Geld etc. stehen alle hinter Hillary Clinton. Ebenso die Medien, die Inhaber der Medien und die Journalisten selbst.

Quelle: <https://de.sott.net/article/26804-Exklusiv-Interview-mit-Julian-Assange-und-John-Pilger-Die-Clinton-Stiftung-ist-ein-Hort-systematischer-Korruption-und-direkter-Finanzier-von-IS>

Die grosse Lüge – Zugang der Schweiz zum EU-Markt

EU-NO Newsletter vom 03.11.2016; 04.11.2016, 17:44 von admin

Seit der Lancierung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) durch die SVP im Juli 2011 behaupten deren Gegner stereotyp: Die MEI wird zur Kündigung der Bilateralen führen. Und wenn die Bilateralen fallen, verliert unsere Wirtschaft den Zugang zum EU-Markt von 500 Millionen Konsumenten.

Diese Behauptung ist ganz offensichtlich unwahr. Aber diese Unwahrheit wurde in den letzten fünf Jahren gebetsmühlenartig von allen Parteien (mit Ausnahme der SVP), von einigen «Experten» und von fast allen Medien verbreitet.

Die Tatsachen

In klarem Gegensatz zu dieser dutzendfach wiederholten Unwahrheit ist Tatsache:

- Der zollfreie Zugang der Schweizer Industrie- und Handelsgesellschaften zum EU-Markt wird nicht durch die Bilateralen I, sondern durch das Freihandelsabkommen Schweiz – EU von 1972 sichergestellt.

Economiesuisse bestätigte dies anlässlich des 40-Jahr-Jubiläums dieses Freihandelsabkommens wie folgt:

«Die Wirkung des Freihandelsabkommens ist auch nach 40 Jahren allgegenwärtig: Jeden Tag passieren Waren im Wert von 1 Milliarde Franken die Grenze zwischen der Schweiz und der EU. Diese Waren finden Eingang in die verschiedensten Bereiche der Unternehmen und der EU-Bürgerinnen und -Bürger sowie der Schweizerinnen und Schweizer, von ihren Haushalten bis zu ihren Arbeitsplätzen.» (Economiesuisse, 20.07.2012)

- Die Schweiz ist ebenso wie die EU insgesamt sowie sämtliche EU-Staaten einzeln ein Mitglied der Welt- handelsorganisation WTO. Diese verbietet willkürliche diskriminierende Massnahmen.

Yves Rossier sagte als Staatssekretär im Departement für auswärtige Angelegenheiten:

«Die EU hat kein Interesse, die Bilateralen zu kündigen. Und sie wird sie auch nicht kündigen.» (Aussage an der Winterkonferenz 2015 des Schweizerischen Gewerbeverbands, zitiert nach «Weltwoche» Nr. 6, 5. Februar 2015)

Was sind die Bilateralen?

In der politischen Diskussion wird immer von «den Bilateralen» gesprochen. Die Schweiz hat insgesamt weit über hundert bilaterale Verträge und Vereinbarungen mit der EU abgeschlossen.

- Falls das Personenfreizügigkeitsabkommen (FZA) gekündigt wird, würden im schlimmsten Fall nur sieben der weit über hundert bilateralen Abkommen mit der EU wegfallen, die sogenannten Bilateralen I.

Richtigerweise müsste immer von «Bilateralen I» (und nicht von «Bilateralen») gesprochen werden, wenn man die mit dem FZA verknüpften Verträge (Guillotine-Klausel) anspricht.

Was sind die Bilateralen I?

Mit «Bilateralen I» werden **sieben Verträge** bezeichnet, die folgende Themen betreffen: Die Personenfreizügigkeit, den Landverkehr, den Flugverkehr, das öffentliche Beschaffungswesen, die Zertifizierung von Produkten, die Landwirtschaft und die Forschung.

Guillotine-Klausel: Bei einer formellen Kündigung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit würden alle anderen Abkommen der Bilateralen I innerhalb von sechs Monaten hinfällig.

Wie wichtig sind die Bilateralen I?

- Die Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens würde der Schweiz erlauben, die Einwanderung aus dem Ausland wieder eigenständig zu steuern.
- Das Landverkehrsabkommen mit kurzer Nord-Süd-Achse (Gotthard), viel zu billigem Transitpreis und Zulassung der Vierzigtöner wurde seinerzeit ganz klar zum Vorteil der EU ausgehandelt. Die EU wird dieses für die EU-Länder und für EU-Konzerne äusserst vorteilhafte Abkommen nie und nimmer kündigen.
- Bei Kündigung des Flugverkehrsabkommens (das auch den Zwang zur Übernahme künftiger, heute noch nicht bekannter, allein von der EU formulierter Regelungen beinhaltet) ist sicher kein Zusammenbruch des Flugverkehrs zu befürchten, da sehr viele Fluggesellschaften die Schweiz gern anfliegen und die früheren, mit den interessierten Staaten einzeln abgeschlossenen Abkommen immer noch gelten.
- Das öffentliche Beschaffungswesen liegt im Interesse der EU, denn Schweizer Firmen sind bei EU-Ausschreibungen aufgrund der hohen Lohnkosten schlicht nicht konkurrenzfähig.
- Die Zertifizierung von Schweizer Produkten (sogenannte technische Handelshemmnisse) könnte, nach einer allfälligen Abkommens-Kündigung, in der EU statt in der Schweiz vorgenommen werden, mit Gültigkeit sowohl für die EU wie für die Schweiz.

- Ein Wegfall des Landwirtschaftsabkommens mit der EU hätte keine spürbaren Auswirkungen auf die Schweiz.
- Am EU-Forschungsprogramm «Horizon 2020» können sich auch Staaten ohne Freizügigkeitsabkommen mit der EU beteiligen (z.B. Island, Albanien, Mazedonien, Montenegro, Serbien, Türkei, Israel, etc.). Das gälte gegebenenfalls auch für die Schweiz.

Fazit

- Keines dieser sieben Abkommen der Bilateralen I sichert der Schweiz den Zugang zum EU-Markt!
- **Der Zugang der Schweiz zum EU-Markt wird durch das Freihandelsabkommen von 1972, das nicht zu den Bilateralen I gehört und nicht von der Guillotine-Klausel betroffen ist, sichergestellt!**

Beispiele von Falschaussagen

«Die SVP-Masseneinwanderungsinitiative ist ein direkter Angriff auf den Wohlstand der Schweiz», sagte **Christophe Darbellay** noch als CVP-Präsident in einem Video-Interview. Er ist nicht allein mit diesem Falschargument. Am 9. Februar 2014 entschieden Volk und Stände über die Initiative «Gegen die Masseneinwanderung» der SVP. Für CVP-Präsident Christophe Darbellay (Aussage im unmittelbaren Vorfeld besagter Abstimmung) handelte es sich um die «wichtigste Abstimmung der Legislatur», wie er vor den Medien in Bern sagte. Es stehe der Zugang zum EU-Markt mit 500 Millionen Menschen auf dem Spiel. Deshalb hätten sich FDP, CVP, BDP, GLP, Grüne und EVP zusammengeschlossen, um gemeinsam Front dagegen zu machen. Abseits stehe die SP, die auch gegen die SVP-Initiative sei, aber eine eigene Kampagne führen wolle. Auch die Wirtschaft und die Gewerkschaften hätten sich gegen die Volksinitiative ausgesprochen. (Tages-Anzeiger, 17.12.2013)

Im **Tages-Anzeiger** vom 12. November 2013 war zu lesen: «Europa-Experten warnen indes vor einem Ende der Bilateralen. So bezeichnete der Politologe Dieter Freiburghaus in einem Weltwoche-Interview im Mai eine Rückkehr zum Freihandel als «Katastrophe für die Schweiz.»

Heinz Karrer, Economiesuisse-Präsident: «Die Initiative (MEI) ist mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen unvereinbar, das gibt auch die SVP zu. Der Spielraum für Neuverhandlungen ist minimal. Denn die EU wird uns den vollen Zugang zum europäischen Binnenmarkt nicht länger gewähren, wenn wir eine grundlegende Spielregel in diesem Markt nicht mehr einhalten wollen. Deshalb ist das Risiko gross, dass wir die Bilateralen I, die diesen Zugang regeln, verlieren werden.» (20 Minuten, 29.01.2014)

Tim Guldemann, damals Botschafter, heute SP-Nationalrat: «Wir spüren noch kaum die Auswirkungen der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative. Die bilateralen Verträge garantieren uns ja immer noch den Zutritt zum EU-Markt. Wenn wir die Bestimmungen des neuen Verfassungsartikels buchstabengetreu umsetzen, ist dieser Zutritt gefährdet, weil wir damit die Personenfreizügigkeit aufheben und das diesbezügliche bilaterale Abkommen brechen. Die EU könnte vertragskonform mit der Guillotine-Klausel andere wichtige bilaterale Verträge kündigen.» (Journal 21, 10.10.2015)

Ständerat **Philipp Müller** (FDP): «55 Prozent unserer Exporte gehen in die EU, darum wollen wir einen gesicherten Zugang zum Binnenmarkt. In diesem gelten aber gewisse Regeln, an die sich alle beteiligten Staaten zu halten haben, also auch die Schweiz. Wollen wir das nicht, können wir die Bilateralen kündigen und auf diesen Markt mit 500 Millionen Menschen verzichten.» (Interview in der NZZ am Sonntag, 03.07.2016)

Bewusste Falschaussagen

Die politischen Gegner der MEI und fast alle Medien verheimlichen die Tatsache, dass der zollfreie Zugang zum EU-Markt durch das Freihandelsabkommen von 1972 und nicht durch die Bilateralen I sichergestellt ist.

Fast nirgends kann man beispielsweise Folgendes lesen oder hören:

«Gestern fand in Bern unter dem Vorsitz der Schweiz die 60. Sitzung des Gemischten Ausschusses des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und der EU von 1972 statt. Der Ausschuss stellte fest, dass das Abkommen insgesamt gut funktioniert und auch dieses Jahr ein wichtiges Instrument zur Erleichterung des Handels zwischen der Schweiz und der EU bildete.

Das Freihandelsabkommen Schweiz – EU von 1972 liberalisiert den Handel mit Industrieprodukten und regelt den Handel mit landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukten. Der Gemischte Ausschuss verwaltet das Abkommen und überwacht dessen Umsetzung.» (Seco-Meldung, 11.12.2014 – von nahezu keinem Medium übernommen.)

Ein Jahr später sagte das Seco:

«Heute fand in Brüssel turnusgemäss unter dem Vorsitz der Europäischen Union (EU) das 61. Treffen des Gemischten Ausschusses des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und der EU von 1972 statt. Der Ausschuss beschloss die Übernahme des Paneuropa-Mittelmeer-Ursprungsprotokolls. Er stellte fest, dass das Abkommen insgesamt gut

funktioniert und auch dieses Jahr ein wichtiges Instrument zur Erleichterung des Handels zwischen der Schweiz und der EU darstellte. ... Das nächste Treffen des Gemischten Ausschusses wird im Herbst 2016 in Bern stattfinden.» (Seco-Meldung, 3. Dezember 2015)

Die Tatsache, dass dieser Gemischte Ausschuss während eines vollen Jahres, zwischen dem 11. Dezember 2014 und dem 3. Dezember 2015 nie zusammentreten musste, bringt zum Ausdruck, dass während dieses ganzen Jahres keine einzige Meinungsverschiedenheit, keine einzige Streitfrage zum Freihandelsabkommen zwischen Bern und Brüssel zu bereinigen war.

- Die Medien verheimlichen, dass wir ein gut funktionierendes Freihandelsabkommen mit der EU haben, das nicht zu den Bilateralen I gehört und deshalb nicht der Guillotine-Klausel unterworfen ist.
- Es wird überdies verheimlicht, dass wir einen Gemischten Ausschuss mit der EU haben, der paritätisch, also gleichberechtigt zusammengesetzt ist.
- Und drittens wird verheimlicht, dass der Gemischte Ausschuss Schweiz-EU seit 43 Jahren einwandfrei funktioniert, alle bisher aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten bereinigen konnte und derzeit mangels strittiger Fragen eigentlich nur zur Verfassung des Jahres-Kurzberichts einmal jährlich einberufen werden muss.

Rahmenabkommen

Obwohl ein gut funktionierender Gemischter Ausschuss den Handel zwischen der Schweiz und der EU während den letzten 43 Jahren kompetent beaufsichtigt und die reibungslose Anwendung des Abkommens alljährlich bekräftigt, will die EU neuerdings mittels eines Rahmenabkommens die bilateralen Verträge der Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshofs unterstellen.

Das Rahmenabkommen würde die Schweiz auch dazu verpflichten, neues EU-Recht automatisch («dynamisch») zu übernehmen. Damit könnte auch das bis heute einwandfrei funktionierende Freihandelsabkommen durch die EU einseitig abgeändert werden.

Fazit

Seit fünf Jahren werden die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger systematisch angelogen.

Der zollfreie Zugang zum EU-Markt wird durch das Freihandelsabkommen Schweiz-EU und nicht durch die Bilateralen I sichergestellt.

Die wortgetreue Umsetzung von Artikel 121a der Bundesverfassung (also die von Volk und Ständen angenommenen Bestimmungen gegen die Masseneinwanderung) gefährdet den zollfreien Zugang der Wirtschaft zum EU-Markt ganz offensichtlich nicht. Der Gemischte Ausschuss musste deswegen noch nie einberufen werden – weil keine Meinungsverschiedenheiten entstanden sind.

Wir brauchen kein Rahmenabkommen, das uns entmündigt und an die EU anbindet.

Quelle: http://www.eu-no.ch/news/die-grosse-luege_137

Mit List und Tücke

«Entrechtung des Souveräns» heisst das Ziel

Der Freitags-Kommentar vom 28. Oktober 2016; von Ulrich Schlüer, Verlagsleiter «Schweizerzeit»

Es scheint fast, als hätte der Bundesrat das Ringen um den Rahmenvertrag – um die formelle Unterwerfung der Schweiz unter die Oberhoheit der EU – aufgegeben. Dies, weil er das «Unternehmen Rahmenvertrag» offenbar nicht mehr gewinnen zu können glaubt.

Dieses äusserliche Resignieren hat freilich nicht zur Folge, dass Bundesbern den Entscheid des Souveräns gegen die Masseneinwanderung – am 9. Februar 2014 an den Urnen einwandfrei Tatsache geworden – endlich respektieren und umsetzen würde. Vielmehr sucht die Landesregierung ganz einfach einen neuen Weg, die Schweiz der EU so zu unterstellen, dass sie eigenständiger, freier Entscheidungsmöglichkeit auf Dauer beraubt wird.

Der neuste Trick

Der Bundesrat hat soeben einen direkten Gegenvorschlag zur sogenannten «Rasa-Initiative» in Aussicht gestellt. Diese Rasa-Initiative will den am 9. Februar 2014 Tatsache gewordenen Volksentscheid gegen die Masseneinwanderung schlicht und einfach annullieren.

Zwar verfolgt der Bundesrat das genau gleiche Ziel. Er erachtet es aber nur dann als erreichbar, wenn es der Bevölkerung verschleiert, hinter einem undurchdringlichen Vorhang verharmlosender Polit-Floskeln unter-

geschoben werden kann. Mit diesem Ziel vor Augen plant er seinen Gegenvorschlag zur Rasa-Initiative. Details zu diesem geplanten Gegenvorschlag hält die Landesregierung vorderhand noch zurück – so lange, bis nach dem Nationalrat auch der Ständerat die Nicht-Umsetzung der vom Souverän angenommenen Initiative gegen die Masseneinwanderung formell beschlossen hat. Materiell plant die Landesregierung indessen, alle seitens der Schweiz je mit der EU getroffenen Vereinbarungen in den Rang allgemein gültigen Völkerrechts zu erhöhen, womit alle diese Vereinbarungen den Bestimmungen in unserer Bundesverfassung vorgehen würden. Gelänge dem Bundesrat dieses Vorhaben, dann bräuchte er den Artikel zur Begrenzung der Masseneinwanderung in der Bundesverfassung nicht mehr zu streichen. Denn dieser Artikel erhielte, sobald bilaterale Vereinbarungen den Vorrang vor Verfassungsrecht erhielten, gleichsam automatisch den Zusatz, dass er nur soweit umgesetzt werden dürfe, als Brüssel dies zulasse. Die Schweizerische Bundesverfassung wäre dann ja nur noch soweit verbindlich, als es Brüssel gestatten würde. Damit wird klar: Auch mittels des von der Landesregierung derzeit noch zurückgehaltenen, im wesentlichen aber feststehenden Gegenvorschlags zur Rasa-Initiative würde die Schweiz zu einem Untertanenland Brüssels – hinter was für verharmlosenden Floskeln («Erneuerung des bilateralen Wegs ...») die vorgesehene Abwertung der Bundesverfassung auch immer getarnt würde.

Eine Behauptung, die eindeutig nicht stimmt

Es bleibe, behauptet der Bundesrat, unserem Land eben kein anderer Ausweg. Denn Brüssel weigere sich, auf Anpassungsverhandlungen zur Personenfreizügigkeit – wie sie der Volksentscheid vom 9. Februar 2014 ausdrücklich verlangt – auch nur einzutreten.

Diese Aussage, derzeit von Bundesbern und EU-devoten Parlamentariern nahezu täglich wiederholt, ist freilich – man kann es nicht mehr beschönigen – eine glatte Lüge!

Die Wahrheit ist: Im Personenfreizügigkeitsabkommen der EU ist in den Art. 14 und 18 ausdrücklich die Möglichkeit vorgesehen, dass jede Vertragspartei – die Schweiz ebenso wie die EU – berechtigt ist, Nachverhandlungen zur Personenfreizügigkeit zu verlangen. Dies dann, wenn sich die Einwanderung gegenüber den bei Aushandlung des Vertrags ausdrücklich geäusserten Annahmen in Tat und Wahrheit völlig anders entwickelt. Genau dies ist der Fall: Die Einwanderung aus der EU in die Schweiz ist – mit jährlichen Einwanderungsüberschüssen von bis zu achtzigtausend Menschen – um ein Vielfaches höher als bei Vertragsabschluss angenommen und kommuniziert. Man sprach damals – auch im Abstimmungsbüchlein – von acht-, maximal zehntausend Einwanderern. In der Realität waren es dann aber bis zu zehnmal mehr.

Bern argumentiert heute, der Bundesrat habe nach der Abstimmung vom 9. Februar 2014 in Brüssel «sondiert», ob dort Nachverhandlungs-Bereitschaft bestünde. Und es habe sich ergeben, dass solche Bereitschaft nicht vorhanden sei.

Ob die Behauptung, es hätten Sondierungen stattgefunden, überhaupt stimmt, weiss man ebenso wenig wie eventuelle Resultate solcher Sondierungen. Wer an diesen Gesprächen nicht selbst teilgenommen hat, weiss darüber nichts. Schriftliches dazu existiert nicht. Bekannt davon ist lediglich die öffentliche Abschmatzung Bundesrätin Sommarugas durch den kussfreudigen, etwas allzu oft tief ins Glas schauenden EU-Chef Jean-Claude Juncker. Ob an den Sondierungsgesprächen nicht weit eher Pläne geschmiedet wurden, wie mittels trickreichem, einvernehmlichem Vorgehen der von Brüssel wie von Bundesbern ungeliebte Volksentscheid vom 9. Februar 2014 irgendwie ausgehebelt werden könne, kann niemand mit Bestimmtheit sagen. Solches darf – oder muss, je länger, desto mehr allerdings vermutet werden.

Kein formelles Verhandlungs-Begehren

Im Gegensatz zu vagen Ergebnissen angeblich stattgefundener Sondierungsgespräche steht als Tatsache indessen einwandfrei fest: Die Schweiz hat die offizielle, auf die entsprechenden Art. 14 und 18 im Abkommen über die Personenfreizügigkeit abgestützte Forderung nach vom Schweizer Souverän ausdrücklich verlangten Nachverhandlungen zur Personenfreizügigkeit gegenüber Brüssel gar nie gestellt. Wohl wissend, dass Brüssel, wenn es nicht vertragsbrüchig werden wollte, auf dieses Begehren hätte eingehen müssen, weil es in jeder Beziehung vertragskonform ist.

Wenn der Bundesrat diesen formellen Schritt bewusst unterlässt, gleichzeitig aber behauptet, Brüssel sei nicht verhandlungsbereit, dann belügt die schweizerische Landesregierung die Öffentlichkeit, insbesondere den Souverän unseres Landes. Der Bundesrat hat – offensichtlich nicht ohne Absicht und gewiss auch in vollem Einvernehmen mit Juncker, Schulz und Co. – bis heute nie ein auf den Personenfreizügigkeitsvertrag abgestütztes formelles Verhandlungsbegehren in Brüssel gestellt. Und Brüssel hat ein solches Begehren nie abgelehnt – weil

es von Bern gar nie gestellt worden ist. Berns kühne Behauptung, Brüssel habe sich Nachverhandlungen gegenüber verweigert, ist tatsachenwidrig. Wird vom Bundesrat aber genutzt, den vom Souverän am 9. Februar 2014 an der Abstimmungsurne geäußerten Willen mit List und Tücke zu umgehen.

Fazit

Seit 1992, seit dem Nein des Souveräns zum damals vorgelegten EWR/EU-Beitrittsvertrag weigert sich der Bundesrat, den vom Schweizer Souverän zum Verhältnis zwischen Bern und Brüssel mehrfach geäußerten Willen endlich anzuerkennen und umzusetzen: Ja zu sachlicher Zusammenarbeit unter gleichberechtigten Vertragspartnern – aber Nein zur Unterwerfung unter die EU mittels Beitritt. Das will der Souverän, während Bundesbern noch immer sein «strategisches Ziel EU-Beitritt» verfolgt.

Die Schweizerische Bundesverfassung räumt im Rahmen der direkten Demokratie der Stimmbürgerschaft die Rolle des Souveräns, der höchsten Instanz im Lande ein. Seit 1992 verweigert sich der Bundesrat dem Willen des Souveräns in den schicksalhaften Fragen rund um das Verhältnis zwischen der Schweiz und der Europäischen Union. Die bundesrätliche Verweigerung dem Souverän gegenüber hat heute offensichtlich eine neue Stufe erreicht. Die Stufe unverhohlener Belügung dieses Souveräns.

Quelle: http://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/mit_list_und_tuecke-2891

Clinton-Team: Man braucht eine Blöde Kuh mit einem Wiedergutmachungskomplex

04/11/2016 NPR; Übersetzung: Marshall Lueger

Die «Podesta-Mails» sorgen für jede Menge Wirbel. Das Lesen unserer Übersetzung der wichtigsten Textpassagen würde auch für den Deutschen «Michel» ziemlich erhellend sein. Es geht daraus hervor, wie das Beraterenteam, Demokraten und Hillary Clinton ticken und was sie über Deutschland denken. John Podesta ist der Wahlkampfleiter von Clinton. Clinton gerät durch die von WikiLeaks veröffentlichten Mails weiter massiv unter Druck. Sehr zur Freude ihres Kontrahenten Donald Trump.

Germany's Übergutmenschen get their death wish: Over 7 million lumpen migrants – incl. uncounted family members – have already recieved a meal ticket for life, and that's just for starters

Deutsche Übergutmenschen erhalten ihren Todeswunsch: Über 7 Millionen Migranten – inkl. ungezählten Familienmitgliedern – haben bereits einen Essenscoupon fürs Leben erhalten, und das ist nur der Anfang.

Time was when it took a goodly number of nukes to wipe out Europe. All you need now is one Blöde Kuh with a Wiedergutmachung complex.

Was waren das für Zeiten, wo man eine gute Zahl von Bomben brauchte, um Europa auszulöschen? Alles, was man heutzutage braucht, ist eine Blöde Kuh mit einem Wiedergutmachungskomplex.

On top of that comes Angelic Turkey, whose citizens will be swamping Germany – first as visa holders and then as EU residents.

Dazu kommt noch die engelsgleiche Türkei, deren Bürger Deutschland überfluten werden – zuerst mit einem Visum, dann als EU Anwohner.

Germany's saddo satellite states will serve as overspill areas, having become part of Mushrooming Merkelstan. German government statistics make it abundantly clear that the Muslim newcomers are oh-so unemployable, although many of them will undoubtedly thrive in one profession.

Deutschland wird als überlaufendes Fass dienen und Teil des überwuchernden «Merkelstan» sein. Deutsche Statistiken der Regierung machen es eindeutig klar, dass die muslimischen Neuankömmlinge alle arbeitsunfähig sind und auch, dass diese unzweifelhaft nur einen Berufsstand kennen – das organisierte Verbrechen.

None of the above and so much more make the slightest impression on Ma Merkel. Having acquired all the serene airs of someone who has just been un-nailed from the cross, Mother Angela reminds me of Jesus.

Nichts von dem macht bei «Mama Merkel» den geringsten Eindruck. Habe alle Geheimnisse gelüftet von jemandem, der gerade vom Kreuz «abgenagelt» wurde, «Mutter Angela» erinnert mich an Jesus.

Her flock is growing restless, though. As a matter of fact, a growing majority of Gutdeutschen have already gone from himmelhoch jauchzend to zu tode betrübt. And bear in mind that the media have kept the German public in the dark about the true size of the migrant tsunami and the low caliber of the new arrivals... What's more, the comically naïve Germans are largely oblivious to what goes down in long-existing German Ghattostan, having bought into decades of all-pervasive peecee propaganda... We're in for terribly turbulent times. Europe is toast, but so is the Multikulti-Schweinerei.

Ihre Herde wächst pausenlos. Genau genommen hat eine wachsende Herde von «Gutdeutschen» bereits von «himmelhoch jauchzend» auf «zu Tode betrübt» gewechselt. Und behalte dies im Hinterkopf, dass die Medien die deutsche Öffentlichkeit im Dunklen halten über die genaue Zahl des Migrantentsunamis und die niedrige Stufe der Neuankömmlinge. Was noch? Die komischen naiven Deutschen bemerken grösstenteils nicht einmal was im lange existierenden «Deutschen Ghattostan» abgeht und haben alles geschluckt, was ihnen die allbeherrschende Propaganda erzählt. Es kommen sehr turbulente Zeiten auf uns zu. Europa ist erledigt, aber so auch die «Multikulti-Schweinerei».

To find Teutons with the same monumental impact on Europe as Merkel is now having, you'd have to go back to WWII (Hitler), WWI (Kaiser Wilhelm II), the Franco-Prussian War (Otto von Bismarck), Proto-Marxism (Karl Marx), the Protestant Reformation (Martin Luther) or the Battle of the Teutoburg Forest.

Um Germanen mit demselben monumentalen Einschlag auf Europa zu finden wie Merkel jetzt, muss man zum 2. Weltkrieg (Hitler), zum 1. Weltkrieg (Kaiser Wilhelm II), zum Deutsch-Französischen Krieg (Otto von Bismarck), zum Protomarxismus (Karl Marx), zur protestantischen Reformation (Martin Luther) oder zur Schlacht im Teutoburger Wald zurückgehen.

No such ambivalence ought to surround Merkel – the Mama of All Multikulti-Narren. It's impossible to overstate the irreparable damage she has done to Europe through her persistent utterances and actions. True, the Neuköllnisierung of the Old Continent was already well underway, but this unrelenting process of welfarized crime-ridden ghettoization has been speeded up by at least a half-century. The German Chancellor has thrown the migrant floodgates wide open, but is now arguing that the resultant Muslim tsunami is an unstoppable force of nature. Apparently for the first time in human existence, countries no longer have defensible borders and are nothing more than flotsam bobbing on the waves of history. Europe may have survived Nazism and Communism, but it appears that Multiculturalism – the third major strain of Western extremism – will be the death of the continent. Aus Abendland wird Morgenland.

Eine solche Ambivalenz sollte «Merkel – die Mama aller Multikulti-Narren» – nicht umgeben. Es ist unmöglich, den irreparablen Schaden zu überbewerten, den sie Europa mit ihren öffentlichen Äusserungen und Aktionen angetan hat. Die «Neuköllnisierung» des alten Kontinents war bereits unterwegs, aber dieser erbarmungslose Prozess der fürsorglichen ins Verbrechen gerittenen «Ghettoisierung», hat sich seit dem letzten halben Jahrhundert beschleunigt. Die deutsche Kanzlerin hat die Schleusentore für Migranten weit geöffnet, meint jetzt aber, dass der daraus resultierende «Muslim-Tsunami», eine nicht aufzuhaltende Macht der Natur sei. Zum ersten Mal seit der menschlichen Existenz, haben Staaten keine verteidigende Grenzen mehr und sind nichts weiter als Treibgut in den Wellen der Geschichte. Europa hat zwar den Nazismus und den Kommunismus überlebt, aber es scheint als würde der Multikulturismus – der dritte Hauptstrang von westlichem Extremismus – der Tod des Kontinents sein. Aus Abendland wird Morgenland.

Merkel's gutmenschly baby babble has been an open invitation to 1.5 billion Muslims
Merkels «Gutmensch-Babygeschwätz» war eine offene Einladung für 1,5 Milliarden Muslime.

With each migrant having an estimated four to eight family members that could be permitted to enter, the total welfarized

Mit jedem Migranten, der schätzungsweise 4 bis 8 Familienangehörige hat, die dann ebenfalls frei einreisen dürften, könnte die Zahl auf bis zu 7 Millionen steigen. Und das nur für Deutschland, in nur einem Jahr ...

And when she does make a big move, it's completely counterproductive: In return for migration-mitigating measures, Greater Turkey is going to demand EU membership. With a bit of luck, tens of millions of Turks will eventually join their welfarized brethren in Merkelstan. Not that the Turkish throngs need to wait that long; the magical phrase is visa – Turkish for “Open Sesame!”

Und wenn sie einen grossen Schritt macht, ist sie völlig kontraproduktiv: Im Gegenzug für Massnahmen zur Migrationsbekämpfung wird die Grosstürkei die EU-Mitgliedschaft fordern. Mit ein bisschen Glück kommen nochmal zehn Millionen Türken zu ihren herzlichsten Brüdern in Merkelstan. Nicht, dass die türkischen Scharen so lange warten müssten; die magische Phrase ist das Visum – Türkisch für «Sesam öffne dich».

Angela's reassuring words – “Wir schaffen das” – are more fanciful than Grimms Märchen. Having examined the latest government figures, the FAZ – which until recently had papered over everything flying in the face of the Multikulti-Märchen – concludes that new arrivals have a very slim chance of landing jobs in Germany, thereby debunking one of mucho multicultural myths. An expert quoted in Die Welt points out that 70 percent of migrants lack qualifications and will join the on-the-dole unemployables in the German banlieues at great cost to the German taxpayer.

Angelas beruhigende Worte – «Wir schaffen das» – sind phantasievoller als Grimms Märchen. Neuankömmlinge haben eine sehr geringe Chance auf einen Job in Deutschland, daraus lässt sich einer von vielen multikulturellen Mythen schliessen. Ein Experte meinte in «Die Welt», dass 70 Prozent der Migranten keine Qualifikation besitzen und somit in den deutschen Vorstädten arbeitslos bleiben, auf Kosten der Steuerzahler versteht sich.

If only half of the FAZ stories about refugee centers in Germany are correct, the Big Banlieue-ization of Germany has gotten off to a blitzkrieg start: Mass violence against fellow migrants and German volunteers, rape of female Muslims, harassment of locals, thievery, organized crime, jihadism, a stunning sense of entitlement among “refugee” ingrates, a refusal to receive help from women volunteers, a shocking disregard for the klutzy Krauts and whatnot. It's a Grimm horror story on steroids. It goes without saying that German taxpayers are going to be bled white by Merkel's Pathological PeeCeeism. However, my biggest concern is over Germany's at-risk sectors of society, including religious Jews, gays, senior citizens plus white urban children and youths – as well as all those dealing with the general public, among them police officers, firemen, ambulance personnel, public-transport workers and retail staff. They and so many other groups of Germans are going to be sacrificed on the altar of Multikulti-Faschismus and need to brace themselves for an even greater amount of cutthroat gestures, verbal death threats, anti-Semitic or anti-white racist slurs, vandalism, violence and crime from Muslim never-do-wells, including even children.

Wenn nur die Hälfte der FAZ-Geschichten über Flüchtlingszentren in Deutschland korrekt ist, hat die grosse Banlieue-isation Deutschlands mit einem Blitzkrieg begonnen: Massengewalt gegen Mitmenschen und deutsche Freiwillige, Vergewaltigung von Muslimen, Belästigung von Einheimischen, Diebstahl, organisiertes Verbrechen, Dschihadismus, ein atemberaubendes Gefühl der Berechtigung unter den «Flüchtlingsmigranten», die Weigerung, Hilfe von freiwilligen Frauen zu erhalten, eine schockierende Missachtung der schwerfälligen Krauts (Begriff für Deutsche im 2. Weltkrieg) und was sonst noch alles. Es ist eine Grimmsche Horrorgeschichte über Steroide. Es versteht sich von selbst, dass deutsche Steuerzahler von Merkels pathologischen Entscheidungen ausgeblutet werden. Meine grösste Sorge gilt jedoch den gefährdeten gesellschaftlichen Bereichen Deutschlands, darunter religiöse Juden, Schwule, Senioren sowie weisse Stadtkinder und Jugendliche sowie allen, die sich mit der breiten Öffentlichkeit beschäftigen, darunter Polizeibeamte, Feuerwehrleute und Rettungspersonal, öffentliche Verkehrsmittel und Einzelhandel. Auf dem Altar des Multikulti-Faschismus werden sie und viele andere Gruppen von Deutschen geopfert und müssen sich für eine noch grössere Menge von Halsabschneidereien, verbalen Todesdrohungen, antisemitischen oder anti-weissen rassistischen Verleumdungen, Vandalismus, Gewalt und Verbrechen aus muslimischen Tunichtguten, einschliesslich Kindern, wappnen.

Diese Mail ist nur eine von vielen, die von Wikileaks online gestellt wurden. Einleitend zu den «Podesta»-Mails schreibt WikiLeaks: «WikiLeaks konzentriert sich auf Handlungen, über die Hillary Clinton-Kampagne mit dem Vorsitzenden John Podesta. Herr Podesta ist ein langjähriger Mitarbeiter der Clintons und war von 1998 bis 2001 Präsident Bill Clintons «Chief of Staff». Herr Podesta besitzt mit seinem Bruder Tony auch die Podesta-Gruppe, ein grosses Lobbyunternehmen, und er ist der Vorsitzende des Centre for American Progress (CAP), eine in Washington DC basierte Ideenfabrik.»

Quellen: <https://wikileaks.org/podesta-emails/emailid/40193>; <https://wikileaks.org/podesta-emails/>;

<http://npr.news.eulu.info/2016/11/04/clinton-team-man-braucht-eine-bloede-kuh-mit-einem-wiedergutmachungskomplex/>

Auszüge aus dem VDS-Infobrief

44. Woche vom 4.11.2016

Die Kunst des Übersetzens

Eine Übersetzung beinhaltet immer eine Form der Interpretation. Das Übertragen von der einen Sprache in die andere ist ein Handwerk, das mehr bedarf als nur erstklassige Sprachkenntnisse. Vielmehr müsse der Übersetzer Land und Kultur kennen und verstehen, um neben dem reinen Sinn eines Satzes auch Emotionen, Humor und Atmosphäre transportieren zu können, so Christopher Schmidt in der *«Süddeutschen Zeitung»*. Eine besondere Hürde ergibt sich vor allem dann, wenn die zu übersetzenden Schriftstücke aus einer vergangenen Epoche stammen, beispielsweise aus Zeiten Homers oder Shakespeares. Aus diesem Grund sei Shakespeare-Übersetzer Frank Günther aufs Land gezogen. Das ländliche Leben helfe ihm, die unzähligen von Shakespeare verwendeten Metaphern aus der *«agrarisch geprägten Kultur»* zu verstehen und abzuleiten, so Günther. Am 19. November findet im Münchner Literaturhaus der Übersetzertag *«Kannitverstan»* statt, bei dem namhafte Übersetzer in Vorträgen und Gesprächen die Grenzen des Verstehens und Nicht-Verstehens, des Übersetzens und Interpretierens ausloten. (sueddeutsche.de)

Redewendungen und ihre Ursprünge

Viele unserer Redewendungen und Sprichwörter sind jahrhundertealt. Wir benutzen sie täglich, doch oftmals sind Entstehung und ursprüngliche Aussage heute unbekannt. Zusammen mit der *«WELT»* haben sich die Herausgeberinnen Eva-Maria Bast und Heike Thissen deshalb 50 bekannter Redewendungen angenommen und diese in dem Nachschlagewerk zusammengefasst. Was hat es mit der treulosen Tomate auf sich? Wieso verstehen wir manchmal nur Bahnhof? Und was hat Goethe mit dem *«roten Faden»* zu tun? Eva-Maria Bast, Heike Thissen (Hg.): *«Geheimnisse der Redewendungen – 50 spannende Erklärungen, warum wir sagen, was wir sagen»* ist im Verlag Bast in Kooperation mit der *«Welt»* erschienen, 190 Seiten. (welt.de)

Verschleierung durch Denglisch

Seit langem werfen grosse Firmen mit denglischen Fachbegriffen um sich, die kaum jemand versteht. Auch immer mehr Banken nutzen diese Taktik, um ihr Vorgehen zu verschleiern oder seriöser erscheinen zu lassen als es ist. Beispielsweise bleibt so von den Kunden meist unerkannt, dass Kredite nicht mehr von den Banken selbst ausgezahlt werden, sondern von sogenannten *«Main Funders»*, also nicht näher bestimmten institutionellen Investoren. Was global und kompetent klingt, entblösst sich so als *«ein Experiment, von dem bislang niemand weiss, ob es funktioniert»*, so *«ZEIT-ONLINE»*. (zeit.de)

FPÖ-Chef Strache für Ausrichtung nach Osteuropa – Nicht *«verlängerter Arm Merkels»* sein

Von Detlef Kossakowski 2. November 2016; Aktualisiert: 2. November 2016 17:45

Vor den Bundespräsidenten-Wahlen in Österreich sprach sich der Chef der FPÖ klar gegen die Russland-Sanktionen aus und für mehr Nähe zu Osteuropa allgemein. Norbert Hofer (FPÖ) werden gute Chancen auf den politisch einflussreichen Posten des Bundespräsidenten eingeräumt.

«Sanktionen sind heuchlerisch» und ein ganz grosser Fehler gegenüber Russland, sagt Heinz-Christian Strache (FPÖ) im Interview mit dem Nachrichtenportal *«Sputnik»*.

Die FPÖ habe sich von Anfang an dagegen ausgesprochen, war jedoch auf verlorenem Posten, so der Partei-Obmann. Der Schaden durch die Sanktionen betrage jährlich 1,5 Milliarden Euro für Österreich. Das habe sich die Alpenrepublik selbst zugefügt, kritisiert Strache den Kurs der derzeitigen Regierung.

Sollte er zukünftig das Amt des Kanzlers bekleiden, würde er die Sanktionen abschaffen, so der FPÖ-Politiker. Ähnlich wie Österreich stünden auch die Visegrad-Staaten kritisch gegenüber den Russland-Sanktionen.

EU soll sich von Nato trennen – Deutschland neutral werden

Auch sieht HC Strache die Nato-Osterweiterung als problematisch. Damit würden internationale Verträge gebrochen. Im Sinne des europäischen Friedens müsse man sich Russland wieder annähern. Die starke Identifikation der EU mit der Nato findet der Freiheitliche *«bedenklich»*.

So wäre es nach zwei Weltkrieggen gerade für Deutschland das Vernünftigste *«sich neutral zu erklären, um nie wieder in so einen Kriegswahnsinn hineinzugeraten»*, betont Strache. *«Wir Österreicher sind stolz auf unsere Neutralität und wir kämpfen für diese Neutralität, die wir nicht aufgeben wollen.»*

Vor CETA und TTIP: Putins Freihandelsabkommen vor 5 Jahren abgelehnt

Die Europäische Union müsse aus der Nato austreten, wenn sie sich nachhaltige freie Positionen verschaffen wolle.

Vor fünf Jahren reiste Russlands Präsident Wladimir Putin zu Kanzlerin Merkel und dem französischen Ex-Präsidenten Sarkozy mit Vorschlägen für ein Freihandelsabkommen im Koffer – etwas, das sehr zum Vorteil für Europa gewesen wäre, fährt der FPÖ Chef fort. «Aber es war nicht im amerikanischen Interesse. Sie hatten nämlich das Interesse, mit CETA und TTIP ihre Handelsabkommen aufzustellen.»

Strache plädiert für eine Rückbesinnung auf verbindende christliche Werte zwischen der EU und Russland und für eine gute Zusammenarbeit. Insgesamt solle man sich stärker nach Osten ausrichten.

In diesem Bewusstsein sei der österreichische Präsidentschaftskandidat der FPÖ Norbert Hofer auch in Tschechien, Slowenien und Serbien zu Besuch gewesen. Mit Ungarn und Polen wolle man die Beziehung ebenfalls weiter vertiefen, so Strache. In der Verstärkung der Zusammenarbeit mit Süd-Ost- und Osteuropa sieht er die historische Aufgabe Österreichs, das nicht nur als «verlängerter Arm Merkels» agieren solle.

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/fpoe-chef-strache-gegen-russland-sanktionen-fuer-ausrichtung-nach-osteuroopa-a1965135.html?fb=1>

CETA: Das Recht geht vom Volke aus. Holen wir es uns zurück!

02/11/2016; 01/11/2016 Werner Nosko

CETA schreibt ein weiteres Kapitel über das Demokratieverständnis der «Europäischen Union». Nein, eigentlich schreiben es die EU-Bonzen und ihre willfährigen oder gar erpressten Vertreter der EU-NATIONEN!? Ein weiteres untrügliches Zeichen dafür, dass die «EU» keine Union, sondern höchstes eine «Koalition der Willigen» nach US-Vorbild ist. So nach dem Motto «Wer nicht für die EU ist, ist gegen sie.» Ist man es nicht, dem Gnad Gott, wie es die Wallonie und der Regierungschef Magnette nun eindrucksvoll erfahren durften. Erpressungsversuche inklusive.

EIN KOMMENTAR

Sieben EU-Staaten haben weniger Einwohner als die Wallonie. Nach dem Einstimmigkeitsprinzip, so wurde es im EU-Recht verankert, könnte selbst das kleinste EU-Mitgliedsland CETA und andere Entscheidungen blockieren. Die Wallonie mit Regierungschef Magnette lehnte eine Unterzeichnung CETAs ab, er wusste die Bevölkerung hinter sich und führte damit die EU in die nächste Krise. **Und das ist auch gut so.**

Am Ende einigte man sich dann ja doch. Was überbleibt ist ein Lehrstück wie Demokratie nicht funktioniert. Politisch wie medial.

Erinnern wir uns kurz an den Beginn der Flüchtlingswelle zurück. Viktor Orban, der sich strikt an EU-Recht hielt, wurde in Bausch und Bogen als Rassist, als Diktator geächtet, weil er für eine sichere EU-Aussengrenze sorgte, indem er den Grenzschutz verstärkte und Zäune aufzog – welch ein Skandal. Im Zuge der gesteuerten Flüchtlingswelle war dieser Zaun der EU aber ein Dorn im Auge. Dabei wurden lange schon vorher ohne mediales Getöse Zäune an EU-Aussengrenzen (z.B. Medina) hochgezogen.

Nun bekam die Wallonie den Knüppel des Europäischen Demokratieverständnisses zu spüren. Jetzt sind die Wallonen nämlich Fundamentalisten, so schreibt Andreas Moring, Professor für Medienmanagement an der BiTS Hochschule in Hamburg und meint einleitend:

«Eine kleine, ziemlich **fundamentalistische** Klientel in Südbelgien zwingt dem Rest der Europäischen Bürger ihren Willen auf, ohne Rücksicht auf Verluste. Damit stellt sie ein demokratisches Grundprinzip in Frage.»

Wenn im «Europäisches Recht» vorgesehen ist, dass man auch nein sagen kann und das dann auch in Anspruch nimmt, wo bitte wird dann ein demokratisches Grundprinzip in Frage stellt.

Oder Chris Pyak, der in «The European» schreibt, «CETA-Blockade ist Sargnagel des Nationalismus», meint dazu einleitend:

«Brexit-Abstimmung gewonnen. CETA verhindert. Es ist ein schlechtes Jahr für den Nationalismus. Seine beiden grössten Siege besiegeln seinen Untergang. Denn wer zurück zum Nationalstaat will, setzt damit auf Machtlosigkeit.»

Chris Pyak ist absoluter Profiteur der Globalisierung, er betreibt eine internationale Jobvermittlungsagentur und impliziert damit, dass einzelne Staaten ohne die EU regelrecht machtlos wären. Schaut man sich an, was in den letzten 20 Jahren alles schief gelaufen ist, könnte der gemeine Bürger nur noch froh sein, wenn es die EU schnellstens

zerreißt und die Nationalstaaten wieder ihre volle Souveränität erhalten. Denn früher gab es auch internationale Handelsverträge und es gibt sie noch. Und es funktionierte tadellos. Dass CETA, TTIP und auch TISA Verträge zum NACHTEIL für die BÜRGER sind, wurde mittlerweile oft genug nachgewiesen. Heute stehen wir zudem mit dem «Friedensprojekt EU» so nahe an einem Krieg in Europa wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Die Liste der Kritik wäre natürlich noch viel länger!

Dem nicht genug, schüttete letztendlich EU-Kommissar Oettinger sein Füllhorn an Beleidigungen aus und verstieg sich in einer Rede vor einem Unternehmerverband in Hamburg zur Feststellung: Die Region (Anmerkung: Wallonie) werde von «Kommunisten» geführt, die ganz Europa blockierten, was nicht akzeptabel sei.

Es ist ausserordentlich frappierend, wie von Seiten der EU und SEINEN Vasallen Schuldumkehr betrieben wird. Der bürokratische Elfenbeinturm hält sich nicht mal selbst an seine eigenen Verordnungen, wenn ihm diese gerade nicht in den Kram passen, pocht aber auf deren Einhaltung bei anderen (Nationalstaaten) und erwartet wie im Fall CETA, das ALLE nach der Pfeife Junckers zu tanzen haben. Er ist de facto der «ungekrönte, nicht gewählte König der EU». Die EU ist keine Demokratie, sondern eine Autokratie unter dem Deckmäntelchen der Demokratie. Selbst das EU-Parlament hat keine gesetzgebende Funktion wie in Demokratien eigentlich üblich.

Die Macht geht schon lange nicht mehr vom Volk aus, sondern von Konzernen und deren willigen Erfüllungshelfern unter dem uneingeschränkten Einfluss der Vereinigten Staaten von Amerika.

CETA wurde entgegen allen Bedenken jetzt zwar durchgedrückt, aber es ist nur dem Widerstand von Millionen Menschen zu verdanken, und am Ende den Wallonen, dass CETA eine enorme Aufmerksamkeit erhielt. Das Wichtigste dabei: Die EU und die Regierenden wissen, dass wir ihnen mehr als jemals zuvor auf die Finger schauen. Die Gegner von CETA mögen in deren Augen Fundamentalisten, Nationalisten oder Kommunisten sein. Es genügt jedoch ein Blick über den Teich, was der «Neoliberalismus» den Amerikanern brachte. Der Neoliberalismus ist nichts anderes als MARKTFUNDAMENTALISMUS. Wie auf viele andere Importe aus den USA kann Europa auf diesen erst recht verzichten.

CETA ist noch nicht vom Tisch! Wir müssen den Widerstand weiter aufrechterhalten und ausbauen. Holen wir uns das «Die Macht (Recht) geht vom Volk aus» zurück. **JETZT ERST RECHT!**

Quellen Zitate: <https://www.euractiv.de/section/all/opinion/ceta-die-fundamentalisten-der-wallonie-bedrohen-europa/>

<http://www.theeuropean.de/chris-pyak/11440-globalisierung-und-freihandel>

<http://www.sueddeutsche.de/politik/eu-kommissar-oettinger-bezeichnet-wallonen-als-kommunisten-1.3229555>

Quelle: <http://npr.news.eulu.info/2016/11/02/ceta-das-recht-geht-vom-volke-aus-holen-wir-es-uns-zurueck/>

Soll der Wahnsinn mit Merkel nach 2017 tatsächlich weitergehen? – Afd dann alternativlos

*Veröffentlicht am 7. November 2016 von [conservo](http://www.conservo.wordpress.com) (www.conservo.wordpress.com) Von Georg Martin**

Führende Politiker der CDU und der CSU haben sich trotz gewaltigen Theaterdonners im Vorfeld nun doch für eine vierte Kanzlerschaft von Flüchtlings- und Versager-Merkel im Wahljahr 2017 ausgesprochen. Ist Merkel in der traurigen Union tatsächlich alternativlos?

Offiziell schweigen Seehofer und die CSU zwar noch, es gilt aber als sicher, dass Merkel am 4. und 5. Dezember 2016 auf dem Bundesparteitag der CDU erneut als CDU-Vorsitzende und damit auch zur Kanzlerkandidatin der CDU/CSU gekürt werden wird. Alles deutet unheilvoll darauf hin. Das ist kein Grund zur Freude für Deutschland, eher ein Grund für einen zweiten Volkstrauertag!

Skandalöse Fehlentscheidungen

Damit nähme dann der grösste Skandal der Nachkriegsgeschichte in Deutschland seine verheerende Weiterentwicklung bis zum bitteren Ende. Denn kein anderer Bundeskanzler nach 1949 hat Deutschland so schwer und so nachhaltig geschädigt wie eben Merkel. In die bisherige Regierungszeit von Merkel fallen fatale wie skandalöse Fehlentscheidungen wie zum Beispiel:

- Die völlig undurchdachte und überstürzt beschlossene Energiewende.
- Die Euro-Finanzkrise mit einem deutlichen Verfall der den Deutschen aufgezwungenen Kunstwährung Euro.
- Unrechtmässige steuerfinanzierte Rettungsaktionen von maroden Banken und Volkswirtschaften in den Südländern Griechenland, Portugal, Spanien und Italien. Ungesteuerte Massenmigration nach Deutschland ohne rechtliche Grundlage. Gleich hunderttausendfach wurde nationales und europäisches Recht gebrochen.

Schlepper- und Schleuserkriminalität wurde und wird im Mittelmeer durch die deutsche Marine unmittelbar gefördert und unterstützt.

Die verheerenden Folgen dieses katastrophalen Regierungsversagens:

- Überforderung der deutschen Staatsfinanzen und der steuerzahlenden Bevölkerung in Deutschland durch ständig höhere Steuern und Abgaben bis hin zum Kollaps. Verarmung und Verelendung grosser Teile der deutschen Bevölkerung.
- Gewaltiger Anstieg der Kriminalität durch Migranten und Kriminelle (Einbrüche, Diebstähle, Raub, Sexualdelikte, Morde usw.). Explodierender Anstieg der Gesundheitskosten. Die Beiträge für deutsche Beitragszahler explodieren, weil rund 1 Million Migranten vollversorgt werden wollen.
- Unsere Sozialsysteme werden kollabieren, das Rentensystem wird zusammenbrechen, weil die Zuwanderer unsere Renten in der Zukunft nicht erwirtschaften können werden und auch nicht wollen. Sie werden mehrheitlich unsere Sozialsysteme in Anspruch nehmen und diese ausbeuten.
- Die Wirtschaftsabkommen CETA und TTIP werden internationalen Grosskonzernen weitreichende Kompetenzen und Ansprüche auf Regressforderungen gegenüber einzelnen Staaten einräumen, für die die Steuerzahler in der EU, und damit grösstenteils Deutschland, letztendlich haften werden.
- Sicherheitspolitisch hat sich Merkel im Hinblick auf die Krimikrise und die immer bedrohlicher werdende Lage in Osteuropa zum bedingungslosen Werkzeug amerikanischer Wirtschafts- und Weltmacht-Interessen gemacht. Sollte es zu einer militärischen Auseinandersetzung mit Russland kommen, dann werden Ost- und Mitteleuropa mit Deutschland zum Schlachtfeld werden. – Nicht Amerika.

Einfach weiter so? – Die Unionsparteien schaffen sich ab

Angesichts dieser historisch einmaligen Fehlleistungen seitens der Regierung Merkel und ihrer feigen Bücklinge ist es ein politischer Skandal ohnegleichen, dass die Parteimitglieder von CDU und CSU die Verantwortliche für all diese Grosskrisen, die Versagerin Merkel, nun ein viertes Mal zur CDU-Vorsitzenden und zur Kanzlerkandidatin der CDU/CSU wählen wollen.

Dieses unvorstellbare und verantwortungslose Verhalten der CDU- und CSU-Politiker zeigt sehr eindrucksvoll, dass die sogenannten Volksvertreter der sogenannten Volksparteien längst ein politisches Eigenleben jenseits der Interessen ihrer Wähler und der deutschen Bevölkerung führen. Sie sind nur noch ausschliesslich auf den Erhalt ihrer persönlichen Vorteile in den Parteien und im Parlament ausgerichtet und führen damit die Demokratie in den Abgrund.

Totengräber der Demokratie

Sie werden mit ihrem verantwortungslosen Verhalten so zum Totengräber der Demokratie und bereiten den Weg für einen totalitären Staat in Gestalt einer sozialistischen Diktatur in Europa vor. Das alles hatten wir in Deutschland schon einmal. Aber wir haben nichts aus unserer Geschichte gelernt.

Die Unionsparteien sind damit für verantwortungsvoll handelnde bürgerliche Wähler nicht mehr wählbar, sie selbst haben die AfD damit alternativlos gemacht.

Der politische Ungeist einer DDR und einer UdSSR aber ersteht in Gestalt einer sozialistischen Diktatur in Europa erneut auf. Die Folgen, die Entwicklungen und das Ende dort sind noch hinreichend bekannt – sie sind allesamt gescheitert.

Geschichte scheint sich ständig zu wiederholen, ohne dass die Menschen ihre Lehren aus der leidvollen Geschichte ziehen. **Muss erneut millionenfaches Leid über Deutschland und Europa kommen, weil die Demokratie in Deutschland erneut versagt hat und weil eine verantwortungslos handelnde Merkel angeblich alternativlos war?**

*) Georg Martin ist Dipl.-Ing, freiberuflicher Unternehmensberater, Freidenker und deutscher Patriot sowie seit langer Zeit Kommentator bei conservo.

Quelle: <https://conservo.wordpress.com/2016/11/07/soll-der-wahnsinn-mit-merkel-nach-2017-tatsaechlich-weitergehen-afd-dann-alternativlos/>

Regierungsnaher deutscher Think-Tank empfiehlt mehr Distanz zu den USA

Der regierungsnahen deutschen Think-Tank «Stiftung Wissenschaft und Politik» (SWP) berät sowohl die Bundesregierung als auch das Parlament in sicherheitspolitischen Fragen. In einem neuen Strategiepapier empfiehlt es eine «aggressivere deutsche und europäische Aussenpolitik».

In einer Studie vom August hatte die ‹Stiftung Wissenschaft und Politik› noch vor der ‹gefährlichen russischen Aussenpolitik› gewarnt. Die damalige Studie unter dem Titel ‹Denkbare Überraschungen – Elf Entwicklungen, die Russlands Aussenpolitik nehmen könnte› schob man Russland pauschal die Rolle des Bösewichts in der Welt zu. Stichworte waren unter anderem ‹Propaganda›, ‹Einflussnahme› und ‹Desinformation›.

Jetzt sind scheinbar die Vereinigten Staaten dran. In einem Papier mit dem Titel ‹Auch ohne Trump wird vieles anders›, fordert die Stiftung eine aggressivere deutsche und europäische Aussenpolitik. Die Europäer sollen ‹bei jedem Wahlausgang› ihre wirtschaftlichen und geopolitischen Ziele unabhängiger von den USA und notfalls auch gegen Washington durchsetzen. Also doch im Westen was Neues?

Die Kandidatur des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump mache ‹deutlich, dass [...] eine US-Politik denkbar ist, die Deutschland ein unabhängigeres Handeln als bisher abverlangen würde.› Der Autor des Papiers und Leiter der Forschungsgruppe Amerika, Johannes Timm, schreibt weiter, dass allein die Möglichkeit von Trumps Sieg die deutsche Politik zwingen ‹unbequeme Fragen zu stellen›.

Zudem heisst es weiter: ‹Mit Trump als Präsident [...] gäbe es ein hohes Mass an Unsicherheit über die US-Aussenpolitik.› Deutschland könne sich ‹jedenfalls nicht darauf verlassen, dass Trumps Unberechenbarkeit und seine extremen Positionen ‹eingehegt› würden, sei es durch einen Beraterstab, das Kabinett, das Militär oder den Kongress.› Doch selbst wenn Hillary Clinton gewinnt, scheint nicht alles gut.

Sollte die Präsidentschaftskandidatin der Demokraten reüssieren, seien ebenfalls ‹entsprechende strategische Überlegungen angebracht›. Deutschland täte ‹gut daran, nicht in der bequemen Routine des Abwartens zu verharren.› Deswegen solle Deutschland ‹unabhängig vom Wahlausgang darüber nachdenken, wie das transatlantische Verhältnis und die künftige Weltordnung zu gestalten seien.›

Das Papier stellt sogar den globalen Führungsanspruch der USA offen in Frage. ‹Die Bilanz des amerikanischen Engagements in der Welt [sei] durchaus gemischt.› Mitunter sei ‹die Politik der USA› – wie etwa der ‹Einmarsch im Irak 2003› oder die ‹andauernde Intervention Saudi-Arabiens im Jemen› – sogar ‹schlicht kontraproduktiv für eine stabile Ordnung›. Doch damit nicht genug. Es gelte ‹darüber nachzudenken, wie man reagiert, sollte das Verhalten der USA aus deutscher Sicht kontraproduktiv sein.›

Die ‹guten transatlantischen Beziehungen› dürften nicht ‹zum Selbstzweck erklärt und grundsätzlich über andere Erwägungen› gestellt werden. Sonst beraube man sich ‹der Möglichkeit strategischen Handelns›. Denn ‹ohne die Bereitschaft, sich mit der US-Regierung zu streiten›, schieden ‹viele Optionen der Einflussnahme von vornherein aus›.

Es ist nicht das erste Mal, dass die SWP eine Vorreiterrolle übernimmt, wenn es darum geht, neue deutsche Töne anzuschlagen. Schon im Jahr 2013 organisierte sie ein Projekt mit über 50 führenden Politikern aus allen Bundestagsparteien, Journalisten, Akademikern, Militärs und Wirtschaftsvertretern, um die neue und vor allem militärische Rolle Deutschlands zu skizzieren.

Das Papier mit dem Titel ‹Neue Macht – neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Aussen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch› bildete unter anderem die Grundlage für die berühmt-berüchtigte Rede von Bundespräsident Joachim Gauck auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Und ebenfalls für das neue Weissbuch der Bundeswehr 2016.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/inland/42793-deutscher-think-tank-usa-strategie-beziehungen/>

Jahresbericht 2015: Straftaten-Anstieg von mehr als 30 Prozent – Polizei spricht von ‹Migrationskrise›

By Huttinger on 4. November 2016

Die Polizei ist mit der Bundesregierung alles andere als zufrieden. In ihrem Jahresbericht für 2015 macht sie auch die Flüchtlingspolitik für eine steigende Anzahl von Straftaten verantwortlich.

Die Bundespolizei hat im vergangenen Jahr 436 387 Straftaten registriert. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Anstieg von 31,6 Prozent. Diese Bilanz enthält der Jahresbericht 2015 der Bundespolizei, wie die ‹Welt› berichtet. Die grösste Polizeibehörde des Bundes ist für den Schutz von Bahnhöfen, Flughäfen und Grenzen zuständig.

Für den Anstieg bei den Straftaten gibt es demnach vor allem zwei Gründe: Die Diebstahlsdelikte nahmen um 11,9 Prozent auf 57 146 Fälle zu. Der Grossteil wurde auf Bahnhöfen und in Zügen verübt. Beim Taschendiebstahl verzeichnete die Bundespolizei ein Plus von 5,1 Prozent auf 19 296 Fälle. Der grösste Zuwachs wurde allerdings mit 151,6 Prozent bei den Straftaten gegen das Aufenthalts- und Asylverfahrensgesetz sowie das Freizügigkeitsgesetz der EU verzeichnet. Insgesamt sind das 171 477 Fälle.

Polizeipräsident sieht Differenzen zur Bundesregierung

Um den Jahresbericht der Bundespolizei hat es Missstimmigkeiten gegeben, wie die «Welt» weiter berichtet. Demnach wollten Innenminister Thomas de Maizière (CDU) und Polizeipräsident Dieter Romann das 91-Seiten-Papier gemeinsam bereits im Juli vorstellen. Dann war der September vorgesehen, aber ein bereits avisierter Auftritt vor der Bundespressekonferenz wurde wieder verworfen. Anschliessend fand man aus «terminlichen Gründen» nicht mehr zueinander. Aus dem Ministerium verlautet, dass es merkwürdig aussähe, erst jetzt eine Bilanz für 2015 zu präsentieren.

Vor diesem Hintergrund veröffentlicht die Bundespolizei an diesem Freitag lediglich eine Pressemeldung zum Jahresbericht. Zwischen Romann und der Bundesregierung bestehen laut Polizeikreisen Differenzen in der Flüchtlingspolitik. Er wünscht sich ein schärferes Vorgehen. In seinem Vorwort des Berichts spricht Romann von einer «Migrationskrise», die die Bundespolizei in Atem gehalten habe.

«Vollzugsdefizit» bei Abschiebungen

Die Bundespolizei stellte insgesamt 865 374 Asylsuchende bei der unerlaubten Einreise fest. Der Tag mit der höchsten Zahl war demnach der 12. September 2015. Allein an diesem Tag kamen rund 14 000 Asylsuchende nach Deutschland. Anfang September hatte Kanzlerin Angela Merkel das Signal gegeben, Flüchtlinge aus Ungarn einreisen zu lassen.

Den ersten Platz bei den unerlaubten Einreisen belegen laut dem Bericht die Syrer. Exakt 73 920 stellte die Bundespolizei fest, damit hat sich die Zahl mehr als vervierfacht (2014 waren es noch 14 389). Hohe Zahlen gab es auch bei Afghanen (mit 38 750 illegalen Einreisen) und Irakern (22 394). Sie weisen laut den Polizeiangaben die höchsten Steigerungsraten auf.

Ausserdem beklagt der Bericht ein «Vollzugsdefizit» bei Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber. Gleichwohl erhöhte sich die Zahl der Rückführungen in die Heimatländer von 13 851 auf 22 369. Der Grossteil der Menschen wurde mit Flugzeugen abgeschoben, meist in die Balkanstaaten Albanien, Kosovo, Mazedonien und Serbien.

Quelle: Focus bzw. <http://www.denken-macht-frei.info/jahresbericht-2015-straftaten-anstieg-von-mehr-als-30-prozent-polizei-spricht-von-migrationskrise/>

Islamisten-Sumpf trockenlegen Nicht länger wegsehen

Der Freitags-Kommentar vom 4. November 2016, von Anian Liebrand, Redaktion «Schweizerzeit»

Spätestens die Razzia in der seit Jahren umstrittenen An'nur-Moschee in Winterthur – gegen vier Personen läuft ein Strafverfahren wegen öffentlicher Aufforderung zu Verbrechen und Gewalt – führte dazu, dass es dem/den Hintersten und Letzten dämmert: Die Schweiz hat eine aktive Islamisten-Szene. Je länger wir zuwarten, diesen Sumpf mit harten Massnahmen trockenzulegen, desto gefährlicher werden uns radikale Islamisten.

Seine Recherchen öffneten so manchen die Augen: Der deutsch-pakistanische Journalist Shams Ul-Haq war undercover in Schweizer Moscheen unterwegs und besuchte dafür während vier Monaten Moscheen in Winterthur, Zug und Zürich. Was er da teilweise zu hören bekam, ist erschreckend. In der An-Nur Moschee, bei der praktisch kein Mitarbeiter der deutschen Sprache mächtig sei, predigte ein ägyptischer Imam mit aggressiv unterlegter Stimme mehrfach den Jihad – den heiligen Krieg der Muslime.

«Schweizer Gesetze interessieren nicht»

Ein paar Münsterchen, die Ul-Haq dokumentierte: «Die Frau darf nicht in den Krieg gehen, aber der Mann muss in den Krieg gehen. Das ist sein Jihad, und die Frau muss zu Hause bleiben, das wäre der Jihad der Frau.» Oder: «Die Gesetze von Allah sind ihnen egal. Die Gesetze der Schweiz interessieren mich aber nicht. Die islamischen Gesetze stehen über jedem Land.»

Die meisten Predigten fänden auf Arabisch statt. Wenn auf Deutsch übersetzt werde, würden mehrdeutige Stellen weggelassen oder umformuliert. «Trotz verdeckten Ermittlern mit Migrationshintergrund vor Ort werden in Schweizer Moscheen Jugendliche radikalisiert», so Shams Ul-Haq. So ist es dem Journalisten denn auch ein Rätsel, weshalb die An'nur Moschee nicht schon längst von den Behörden geschlossen wurde.

Spätes Eingreifen

Dabei musste man schon viel früher hellhörig werden. Denn die Winterthurer An'nur-Moschee gilt schon seit Jahren als Radikalisierungs-Brutstätte. Im Dezember 2014 wurde die Jihad-Reise zweier Jugendlicher bekannt,

die in der Moschee verkehrten. Im Januar 2015 reiste der bekannte Thaiboxer Valdet Gashi, regelmässiger Gast in der An’Nur-Moschee, nach Syrien und schloss sich dem Islamischen Staat (Anm. Islamistischen Staat) an – einige Monate später stirbt er. Es ist verbürgt, dass weitere Personen, die in der Moschee radikalisiert worden sind, dem Ruf des IS gefolgt sind. Aus dem Umfeld der Moschee stammen auch die Personen, die in Winterthur und anderen Städten die umstrittenen Koran-Verteilaktionen organisierten.

Nach den Enthüllungen Ul-Haqs trennte sich die An’Nur-Moschee im Oktober 2016 vom erwähnten ägyptischen Prediger, der die Gesetze Allahs über jene der Schweiz stellen will – angeblich «aus finanziellen Gründen». Doch dessen Nachfolger war keinen Deut besser. Der neue, aus Äthiopien stammende Imam, hat laut Polizeieinrichtungen am 21. Oktober in einer Predigt zum Mord an denjenigen Muslimen aufgerufen, die sich weigern, an den gemeinsamen Gebeten in der Moschee teilzunehmen. Der Imam soll die Anwesenden ausserdem aufgefordert haben, diese Muslime zu denunzieren. Daraufhin eröffnete die Staatsanwaltschaft anfangs November ein Strafverfahren, es folgte die Razzia bei der An’Nur-Moschee – mehrere Personen wurden vorübergehend verhaftet.

Asylunterkünfte als Nährboden

Das Radikalisierungs-Problem, so Ul-Haq, hat viel tiefer liegende Wurzeln – nicht nur in der Schweiz, sondern in ganz Europa: «Der Terrorverdächtige, welcher sich in Leipzig in der Haft umgebracht hat, wurde im Flüchtlingsheim und in einer Moschee in Berlin radikalisiert. Flüchtlingsheime sind der Nährboden für gefährliches Gedankengut. Das musste ich in dem Jahr, in dem ich undercover unterwegs war, feststellen.» Ul-Haq schrieb darüber ein viel beachtetes Buch, das im Oktober 2016 erschienen ist: «Die Brutstätte des Terrors».

Die Rolle muslimischer Staaten

Wer fördert und finanziert islamistisches Gedankengut, das hierzulande längst nicht nur in der An’nur-Moschee wiederzufinden ist? Zu den massgeblichen Drahtziehern der Ausbreitung eines radikal-sunnitischen Islams in der Schweiz gehören erwiesenermassen ausländische Staaten. Die Vorreiter einer strategisch in ganz Europa vollzogenen religiös-politischen Islam-Expansion sind Saudi-Arabien und die Türkei – die Millionen in dieses Vorhaben stecken. Sie sind allerdings nicht die einzigen – bei der An’nur-Moschee gibt es beispielsweise Hinweise auf eine direkte Finanzierung durch den IS.

Türkisch finanzierte Imam-Importe

In der ganzen Schweiz finanziert Diyanet, die offizielle Stelle für Religionsangelegenheiten des türkischen Staates, ein Netz von Predigern, welche in hiesigen Moscheen antiwestliche Propaganda betreiben und den Gläubigen eintrichtern, sich von abendländischen Werten abzuwenden. Der Schweizer Ableger von Diyanet ist die Türkisch-Islamische Stiftung für die Schweiz (Tiss) mit Sitz in Zürich. Stiftungsratspräsident von Tiss ist Mehmet Görmez persönlich – er gilt als oberster Geistlicher der Türkei, ist Chef der Religionsbehörde Diyanet und ein enger Vertrauter Erdogans.

Unter dem Dach von Diyanet figurieren in der Schweiz rund 50 Moscheen. Wie Schweizer Medien dieses Jahr enthüllt haben, finanziert der türkische Staat über die Stiftung Tiss landesweit 35 Imame, die einen streng konservativen Islam predigen. Diese Imame werden aus der Türkei entsandt und beziehen ihren Lohn direkt von der türkischen Botschaft. Das Weltbild dieser türkischen «Import-Imame», die meist kein Wort deutsch sprechen, widerspricht abendländischen Wertevorstellungen diametral.

Umtriebige Netzwerke

Die türkischen Netzwerke in der Schweiz sind umtriebiger und äusserst aktiv. Für den Bau neuer Moscheen, deren erzkonservative Ausrichtung die Türkei aktiv mitbestimmt, stehen Millionen bereit. In Zürich hat die Vereinigung der Islamischen Organisationen die Idee einer grossen Zentralmoschee lanciert. Diyanet hat angekündigt, einen finanziellen Beitrag zu leisten. In Schaffhausen ist die Stiftung Tiss ebenfalls an einem neuen Moscheeprojekt beteiligt.

Hängig ist ebenfalls ein grosses Moscheeprojekt in Frauenfeld – während die Vorbereitungen im St. Gallischen Wil bereits fortgeschritten sind. Dort soll im Frühling 2017 mitten in einem Wohnquartier ein islamisches Zentrum eingeweiht werden – mitsamt neuer Moschee, die eine grosse Kuppel umfasst.

Tarnorganisationen

Allein im Kanton Aargau werden sieben Moscheen direkt vom türkischen Erdogan-Regime unterstützt. «Die Freitagsgebete verkommen zunehmend zu Propagandareden der türkischen Regierungspartei AKP», sagte ein

Insider zur Aargauer Zeitung. Ein anderer ergänzt: «Die Imame wollen, dass Frauen Kopftuch tragen, in den Moscheen werden Vorurteile gegen den Westen geschürt.» Im Umfeld solcher türkischer Kulturvereine tummeln sich auch Tarnorganisationen der gefährlichen, gewaltbereiten «Grauen Wölfe» – einer rechtsextremen türkischen Bewegung, der Hunderte politische Morde zugeschrieben werden und die sich im Zuge der türkischen Migration in ganz Europa festsetzte.

Diese durch ausländische Staaten forcierte Islamisierung der Schweiz stellt eine echte Gefährdung für den religiösen Frieden der Schweiz dar. Es drängen sich sofortige Massnahmen auf – die Zeiten der Tabuisierung und Verharmlosung sind definitiv vorbei!

Nicht länger wegsehen – Finanzströme trocken legen

Es ist öffentlich zu machen, in welchem Umfang muslimische Vereinigungen vom Ausland finanziert werden. Bezüglich der Errichtung von Moscheen und weiterer muslimischer Einrichtungen (Koranschulen etc.) sind Finanzierungsbeiträge ausländischer Staaten oder im Konflikt mit der Bundesverfassung stehender Organisationen oder Stiftungen zu verbieten. Zur Wahrung des Religionsfriedens muss gelten: Kein Moscheebau ohne Offenlegung der Finanzströme.

Verstärkte nachrichtendienstliche Überwachung von Moscheen

Es braucht eine verstärkte, systematische nachrichtendienstliche Überwachung von Moscheen und darin predigender Imame. Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) ist konzentriert mit arabisch- und türkisch-sprechenden Sachverständigen aufzurüsten, die genauestens verstehen und auswerten können, was in Moscheen hierzulande gepredigt wird – damit notfalls rasch behördlich eingegriffen und Missbräuche rigoros unterbunden werden können.

Hassprediger sind rigoros auszuweisen

Bund und Kantone sind verantwortlich für die Wahrung des öffentlichen Friedens (BV Art. 72, Abs. 2). Den öffentlichen Frieden störende ausländische muslimische Hassprediger sind unverzüglich des Landes zu verweisen.

Christliche Flüchtlinge vor Übergriffen schützen

Allein in Deutschland haben gemeinnützige Organisationen im Zeitraum von Mai bis September 2016 in Asylunterkünften 743 religiös motivierte Übergriffe auf christliche Flüchtlinge dokumentiert. Nichtmuslime leiden auch in Schweizer Asylunterkünften, wie «Open Doors» festhält. Im Kanton Bern wurden zwei afghanische Christen von Muslimen massiv bedroht. In der Ostschweiz war ein zum Christentum konvertierter junger Flüchtling in der Schule massivem Mobbing von Seiten muslimischer Mitschüler ausgesetzt.

Die bekannten Fälle sind nur die Spitze des Eisbergs – und ein Armutszeugnis für unser Land. Wer als Muslim in einem christlichen Land um Asyl bittet und gleichzeitig Christen erniedrigt, hat bei uns jegliche Aufenthaltsberechtigung verwirkt und ist sofort vor die Grenze zu stellen. Nichtmuslimische Asylbewerber müssen durch die Behörden umfassend geschützt werden.

Quelle: http://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/islamistensumpf_trocken_leggen-2892

Vom Terror der Todesengel

Von Emran Feroz, 1. November 2016

Seit 15 Jahren setzen die USA Drohnen im Kampf gegen mutmassliche Terroristen ein – worunter vor allem Zivilisten zu leiden haben.

Mit einem «Who the fuck did that?» begann vor fünfzehn Jahren mit dem westlichen Militäreinsatz in Afghanistan auch die Geschichte des Drohnen-Krieges der USA. An jenem Tag – dem 7. Oktober 2001 – hatten US-Piloten im Combined Air Operations Center (CAOC) in Saudi-Arabien eine Menschenmenge im südafghanischen Kandahar, dem Machtzentrum der damaligen Taliban-Regierung, im Visier. Das Geschehen wurde sowohl im Pentagon als auch in der CIA-Zentrale in Langley mitverfolgt. Ziel der Operation war niemand Geringerer als Mullah Mohammad Omar, der Gründer und damalige Führer der Taliban. Die US-Luftwaffe hatte Omars Versteck ausfindig gemacht.

Plötzlich drückte einer der Beteiligten auf den Knopf und eine Hellfire-Rakete traf ein Fahrzeug in der Nähe des Gebäudes, in dem Omar sich aufgehalten haben soll. Im nächsten Augenblick flogen Körperteile durch die Luft. Menschen wurden zerfetzt. «Who the fuck did that?», war die erste Reaktion eines hochrangigen Militärs, der

seinen Ärger zum Ausdruck brachte, dass durch den Drohnen-Einsatz die Gelegenheit verpasst wurde, Omar zu treffen – der Taliban-Führer konnte in dem Tumult entkommen, den der Angriff ausgelöst hatte. Das darauffolgende Jahrzehnt lebte er im Schatten, bis er 2013 eines natürlichen Todes verstarb. Wie viele Personen beim ersten US-amerikanischen Drohnen-Angriff der Geschichte getötet wurden, ist unklar. Ebenso unbekannt ist, wer dafür verantwortlich war, sprich, wer auf den Knopf gedrückt hat.

Drohnen-Angriffe gehören seitdem zum Alltag in vielen Ländern – vor allem in Afghanistan. Laut dem Bureau of Investigative Journalism (TBIJ), einer in London ansässigen Organisation, ist das Land am Hindukusch das am häufigsten von Drohnen bombardierte Land der Welt. Laut den bekannten Daten, unter anderem zusammengestellt vom TBIJ sowie von der US-Denkfabrik «New America», fanden im Zeitraum 2001 bis 2013 mindestens 1670 US-amerikanische Drohnen-Angriffe in Afghanistan statt.

Wie viele Menschen bei diesen Einsätzen getötet wurden, ist unklar. Vor allem in Bezug auf Afghanistan ist die Datenlage sehr beschränkt. Vor einiger Zeit wurde bekannt, dass insgesamt mindestens sechstausend Menschen Opfer des Drohnen-Krieges wurden. Die Zahl bezieht sich auf Einsätze in Afghanistan, Pakistan, Syrien, Somalia, Jemen, Libyen, Irak und den Philippinen.

TBIJ sowie Reprieve, eine in Grossbritannien ansässige Menschenrechtsorganisation, kamen zum Schluss, dass rund dreitausend dieser Opfer aus Pakistan, dem Jemen und Somalia stammen. Allerdings wird – auch von der US-Administration – von Land zu Land unterschieden. Während etwa Afghanistan (oder auch Irak und Syrien) als «konventionelle Kriegszonen» betrachtet werden, ist dies bei anderen Ländern nicht der Fall. In Pakistan findet zum Beispiel offiziell kein Krieg statt, an dem die USA sich beteiligen.

Dies spielt vor allem völkerrechtlich eine Rolle. Für die Menschen vor Ort ist der von den «Todesengeln» – so werden Drohnen mittlerweile in einigen Regionen Afghanistans und Pakistans von der paschtunischen Bevölkerung genannt – ausgehende Terror stets derselbe. «Sie sagten mir, dass mein Sohn ein Taliban-Kämpfer gewesen sei», meint etwa Naqibullah aus der ostafghanischen Provinz Kunar. Sein Sohn Amir wurde im April 2013 gemeinsam mit dreizehn weiteren Menschen von einer US-Drohne getötet. Amir war vier Jahre alt.

Amir und sein Onkel, der 25-jährige Abdul Wahid, waren auf dem Weg in ihr Dorf, nachdem sie in der nahegelegenen Stadt Asadabad ein Krankenhaus aufgesucht hatten. Naqibullah hatte beide vorausgeschickt und wollte später nachkommen. Als er zu Hause anrief, um sich nach deren Ankunft zu erkundigen, erfuhr er, was geschehen war. «Ich konnte die Nachricht nicht ertragen und war ganz von Sinnen. Plötzlich kamen alle Erinnerungen hoch. Ich sah nur noch meinen Sohn und meinen Bruder vor mir, während ich in Tränen ausbrach», erzählt Naqibullah. Nachdem sich Naqibullah an das lokale Militär wendete, wurde ihm erklärt, dass sowohl sein Sohn als auch sein Bruder als getötete Taliban-Kämpfer betrachtet werden. «Dies gilt, solange Sie nicht das Gegenteil beweisen», hiess es. «Es ist absurd und verabscheuungswürdig, dass behauptet wird, mein Bruder sowie mein Sohn, ein vierjähriges Kind, seien Taliban-Kämpfer gewesen», so Naqibullah.

Ähnliches hat auch die Familie des 21-jährigen Sadiq Rahim Jan erlebt. Im Juli 2012 wurde Sadiq in der Provinz Paktia, ebenfalls im Osten Afghanistans, von einer Drohne getötet. «Vom Körper meines Bruders blieb fast nichts übrig. Er wurde in Stücke gerissen», erinnert sich Islam, der Bruder Sadiqs. Der junge Afghane führte den einzigen Lebensmittelstand in der Ortschaft Gardda Zarrai und war damit der Hauptversorger seiner Familie, die aus seinen Eltern und vier Geschwistern besteht. Warum Sadiq zum Ziel eines Drohnen-Piloten wurde, der womöglich irgendwo in der Wüste Nevadas sass, weiss bis heute keiner von ihnen. Seit Sadiqs Tod ist die Existenz der Familie bedroht. Im Ausland lebende Verwandte versuchen, die Familie finanziell zu unterstützen. Einige von ihnen leben auch in Deutschland. «Wir versuchen, ihnen finanziell unter die Arme zu greifen, soweit es geht», sagt Farhad (Name geändert), ein Cousin Sadiqs, der in Stuttgart studiert und dort aufgewachsen ist. «Ausgerechnet Stuttgart», denkt sich Farhad oft. Erst seit wenigen Jahren ist bekannt, dass sich in der Stadt auch die Zentrale von «Africom» (United States Africa Command) befindet. Demnach werden alle US-amerikanischen Militäroperationen auf dem afrikanischen Kontinent – auch Drohnen-Angriffe – von Stuttgart aus koordiniert. Drohnen wie jene, die Sadiq getötet hat, werden von hier aus gesteuert, um Menschen in Somalia zu jagen.

Dies ist allerdings nicht Deutschlands einzige Verbindung zum Drohnen-Krieg der US-Amerikaner. Seit spätestens vergangenem Jahr ist bekannt, dass die Bundesrepublik einen zentralen Steuer- und Angelpunkt des Schattenkrieges darstellt. Umfangreiche Enthüllungen der Investigativ-Plattform The Intercept – die sogenannten «Drone Papers» – machten deutlich, dass der gesamte Drohnen-Krieg der Vereinigten Staaten über die US-Luftwaffenbasis in Ramstein koordiniert wird. De facto wäre all das Morden mit den «Todesengeln» ohne Ramstein nicht möglich. «Dass ausgerechnet Deutschland – jener Staat, der uns einst Schutz gewährt hat – auf diese Art und Weise agiert und sich an derartigen Verbrechen beteiligt, betrübt uns sehr», meint Farhad, dessen Familie einst nach Deutschland floh.

Viele Drohnen-Opfer sind sich mittlerweile der Täterschaft Deutschlands bewusst. Im vergangenen Jahr klagte Faisal bin Ali Jaber gegen die Bundesrepublik. Sowohl bin Ali Jabers Schwager, als auch sein Neffe wurden im August 2012 durch einen Drohnen-Angriff im Jemen getötet. Der Jemenite macht Deutschland für den Tod seiner Verwandten mitverantwortlich. Obwohl seine Klage letztendlich abgewiesen wurde, war sie symbolisch von grosser Bedeutung. Die Auswirkungen des Drohnen-Krieges im Jemen werden medial kaum wahrgenommen. Im Jahr 2014 wurden laut UN-Angaben mehr Menschen im arabischen Land durch US-Drohnen getötet als durch Bomben von al-Qaida.

Dabei sind es vor allem militante Gruppierungen vor Ort, die von den Angriffen profitieren. Diese Ansicht teilen mittlerweile selbst hochrangige US-Militärs. «Der Drohnen-Krieg hat mehr Terroristen produziert als getötet», meinte etwa Michael T. Flynn, ein ehemaliger General der US-Armee und vormaliger Direktor des militärischen Geheimdienstes DIA (Defense Intelligence Agency). Wegen seiner kritischen Haltung zur US-Aussenpolitik wurde Flynn, der unter anderem im Irak und in Afghanistan stationiert war, 2014 von seinem Posten gedrängt. Bereits 2012 wurde bekannt, dass das Weisse Haus jede männliche Person im wehrfähigen Alter im Umfeld des Einschlaggebietes als «feindlichen Kämpfer» (enemy combatant) einstuft. Diese fatale Klassifizierung wird von vielen Medien oftmals ohne jegliches Hinterfragen übernommen.

Noor Behram, ein Journalist aus der pakistanischen Region Waziristan, fragte sich, warum viele Medien – sowohl lokale als auch internationale – nach Drohnen-Angriffen stets von getöteten «Terrorverdächtigen» oder «militanten Kämpfern» berichteten, obwohl sie hierfür keinerlei Beweise anführen konnten und sich lediglich auf Regierungsquellen beriefen. Schon bald wurde Behram bekannt dafür, Drohnen-Tatorte in Waziristan mit dem Motorrad abzufahren, um die Fakten persönlich zu überprüfen. Nachdem er zum Schluss kam, dass sich oft Zivilisten unter den Opfern befanden, konfrontierte er Journalisten in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad mit seinen Recherchen. Diese entgegneten allerdings, dass für sie oftmals ein Vollbart, längere Haare und ein Turban ausreichen, um die Opfer als «Terroristen» zu klassifizieren, wie Behram gegenüber dem Autor erklärte. Eine derartige Erscheinung hat allerdings fast jeder männliche Paschtune in Pakistan und Afghanistan.

Von derartigen Dingen will das Weisse Haus allerdings nichts wissen. Im Grunde genommen gesteht die US-Administration im Falle des Drohnen-Krieges so gut wie keine Fehler ein. Vor wenigen Monaten veröffentlichte Washington erstmals Zahlen zu den zivilen Opfern der «Todesengel». Laut dem dreiseitigen Papier fanden im Zeitraum von 2009 bis 2015 in Pakistan, Libyen, Somalia und dem Jemen 473 Drohnen-Angriffe statt. Dabei wurden angeblich zwischen 2372 und 2581 «terroristische Kämpfer» sowie 64 bis 116 Zivilisten getötet. Staaten wie Afghanistan oder der Irak werden in keiner Weise erwähnt.

Die veröffentlichten Zahlen werden von Beobachtern und Kritikern stark bezweifelt. Der Grund hierfür ist die Tatsache, dass selbst die konservativsten Schätzungen zu zivilen Opfern von Drohnen-Einsätzen die Angaben des Weissen Hauses übertreffen. Laut dem TBIJ wurden im genannten Zeitraum in den besagten Staaten über achthundert Zivilisten durch Drohnen-Angriffe der USA getötet. Würde man den Zeitraum der Bush-Administration einbeziehen, würde die Zahl ziviler Todesopfer in den besagten Ländern bei über eintausend liegen.

«Die veröffentlichten Zahlen sind zu niedrig. Sie ändern nichts und sind auch nichts Neues. Die CIA hat schon zuvor ungenaue Zahlen veröffentlicht. Und warum wird hier überhaupt von 64 bis 116 Opfern gesprochen? Meiner Meinung nach macht das nur deutlich, dass sie selbst nicht wissen, wen sie umbringen», meint Mirza Shahzad Akbar, ein pakistanischer Anwalt, in diesem Kontext gegenüber «Hintergrund». Akbar ist dadurch bekannt geworden, Drohnen-Opfer juristisch zu vertreten.

«Die genannten Zahlen betreffen vier Staaten. Allerdings wurden allein im Jahr 2006 mindestens achtzig Schulkinder durch einen einzigen Drohnen-Angriff in Pakistan getötet», betont Akbar, der unter anderem mit der britischen Menschenrechtsorganisation Reprieve zusammenarbeitet. Akbar wurde bereits drei Mal die Einreise in die USA verwehrt. Obwohl genaue Gründe nie genannt wurden, ist es offensichtlich, dass die ablehnende Haltung der US-Behörden mit Akbars Arbeit zu tun hat.

Wie viele andere Kritiker ist auch Akbar davon überzeugt, dass die Mehrheit der Drohnen-Opfer Zivilisten sind. Auch das TBIJ kam zum gleichen Schluss, wonach lediglich vier Prozent der identifizierten Drohnen-Opfer aus Pakistan aus einem al-Qaida-nahen Umfeld stammten. Das Narrativ der präzisen Drohne, die lediglich Terroristen tötet, ist demnach weiterhin ein Mythos, der in den Köpfen westlicher Politiker existiert.

Quelle: <http://www.hintergrund.de/201611014138/globales/kriege/vom-terror-der-todesengel.html>

Mossul: Russland entblösst wahllose US-Angriffe auf Zivilisten mit atomar bestückbaren Bombern

Sputnik; So, 30 Okt 2016 08:50 UTC

Die US-geführte Koalition hat seit Freitag nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums **mindestens neun** Luftangriffe auf Wohnviertel der irakischen Millionenmetropole Mossul geflogen. **Dabei kamen unter anderem atomar bestückbare Bomber zum Einsatz**, wie der russische Militärsprecher Igor Konaschenkow am Sonntag mitteilte.

Laut Konaschenkow bombardierten US-amerikanische Langstreckenbomber B-52H **wahllos** Stadtviertel von Mossul. Mossul gilt als letzte Bastion der Terrormiliz Daesh (auch «Islamischer Staat», IS; Anm. Islamistischer Staat) im Irak. Die irakische Armee und eine US-geführte Koalition haben vor zwei Wochen eine Offensive gegen die Dschihadisten begonnen. Nach russischen Angaben bombardieren **US-Kampffjets auch zivile Einrichtungen wie Schulen. Mindestens 60 Zivilisten** sollen allein in den ersten Tagen der Offensive durch die Bomben der US-Koalition getötet worden sein.

Quelle: <https://de.sott.net/article/26736-Mossul-Russland-entbloest-wahllose-US-Angriffe-auf-Zivilisten-mit-atomar-bestueckbaren-Bombern>

Russland nicht in UN-Menschenrechtsrat gewählt

Sonntag, 30. Oktober 2016, von Freeman um 07:00

Die Vereinigten Staaten haben hinter den Kulissen mit Intrigen, Bestechung und Nötigung alles unternommen, damit Russland an der Wiederwahl in den in Genf ansässigen UN-Menschenrechtsrat (UNHRC) scheitert. Am Freitag bei der Abstimmung in New York erhielt Russland nur 112 Stimmen und konnte sich damit nicht gegen Ungarn (144 Stimmen) oder Kroatien (114 Stimmen) durchsetzen. Es wurde über die Neubesetzung von 14 von 47 Sitzen im UNO-Menschenrechtsrat ab 2017 abgestimmt. In der Osteuropa-Gruppe waren zwei Sitze neu zu besetzen, die nun an Ungarn und Kroatien gehen. Gewählt wurde unter anderem aber auch ausgerechnet Saudi-Arabien, das wohl menschenverachtendste Regime dieser Welt. Damit ist wieder bewiesen, die Vereinten Nationen (UN) sind ein Kasperletheater, das jede Glaubwürdigkeit verloren hat und komplett unter der Kontrolle Washingtons steht. Aber das wissen wir schon lange.

Russland wurde aus der neuen Zusammenstellung des UN-Menschenrechtsrats (UNHRC) ausgeschlossen wegen der Konfrontation auf der diplomatischen Ebene und dem Krieg auf der Informationsfront mit den USA und ihren Alliierten, sagte Sergei Alexandrovich Ordzhonikidze, ehemaliger Direktor des UN-Büros in Genf von 2002 bis 2011, der von Kofi Annan und Ban Ki-moon ernannt wurde.

«Dies ist Teil des von den USA angeführten Informationskriegs gegen unser Land, in dem sie eine grosse Anzahl an Ländern bearbeitet haben, um uns daran zu hindern, in den UNHRC gewählt zu werden, wie wenn wir die grössten Verletzer der Menschenrechte wären», sagte Ordzhonikidze. Er betonte, es sei aus Rache wegen der russischen Erfolge gegen die von den USA unterstützten Terrorgruppen in Syrien geschehen.

Zur amerikanischen «Lobby-Arbeit» gegen Russland kommen noch die 80 Menschenrechts- und Hilfsorganisationen, die Anfang vergangener Woche wegen Russlands Rolle im Syrien-Krieg aufgerufen haben, das Land nicht mehr in das UN-Gremium zu wählen. Welche Rolle denn? In dem die Bevölkerung von Aleppo von den Terroristen befreit wird? Damit haben auch diese Organisationen sich als völlig einseitig disqualifiziert. Ausserdem, wie kann man Saudi-Arabien wählen???

In Saudi-Arabien haben Frauen keinerlei Rechte, müssen sich voll verschleiern, ist die weibliche Genitalverstümmelung immer noch zugelassen, werden Straftätern die Hände und der Kopf mit dem Schwert abgehackt, werden Menschen auf der Strasse ausgepeitscht, gibt es keine politischen Parteien und schon gar nicht eine Opposition zum allein herrschenden Königshaus. Minderheiten im Land werden brutal unterdrückt und Gastarbeiter wie rechtlose Sklaven gehalten. Dazu führt dieses oberkriminelle Regime in Riad einen gnadenlosen Krieg gegen das Nachbarland Jemen, wobei tagtäglich Dörfer und Städte bombardiert, unschuldige Zivilisten, Frauen und Kinder getötet und zerfetzt werden. Menschen sind im Jemen am Verhungern, weil die Saudis eine Seeblockade verhängt haben. Und dieses verbrecherische Regime wird in den UN-Menschenrechtsrat gewählt und Russland nicht??? Das ist kein Witz mehr, sondern der Beweis, die UN und auch die sogenannten Hilfsorganisationen haben jede Relevanz verloren und sind nicht neutral.

Insgesamt wurden 14 neue Mitglieder für die kommenden drei Jahre gewählt. Von der osteuropäischen Gruppe wie gesagt Ungarn und Kroatien; von der afrikanischen Gruppe – Ägypten, Ruanda und Tunesien; von der

asiatisch-pazifischen Gruppe – Irak, China, Japan und Saudi-Arabien; von der lateinamerikanischen Gruppe – Brasilien und Kuba; von Westeuropa und anderen Gruppen – Britannien und USA.

15 Länder bleiben im HRC bis Ende 2017, wie Indien, Nigeria und Lettland. Die Mitgliedschaft endet 2018 für 18 Länder, einschliesslich Venezuela, Georgien, Kirgistan, Vereinigte Emirate, Südkorea und Deutschland.

Die Mitgliedschaft Russlands im UNHRC endet damit am 31. Dezember 2016.

Ausgerechnet der grösste Menschenrechtsverletzer USA bestimmt, wer das Menschenrecht verletzt: Sie nicht und Saudi-Arabien mit dem Steinzeitislam und Israel mit der rassistischen Apartheid auch nicht, weil Alliierte. MenschenUNrechtsrat ist die richtige Bezeichnung für diesen absurden Verein.

Die USA sitzt im UNHRC, wo man als Whistleblower zu 35 Jahren Gefängnis verurteilt wird, weil man die Verbrechen des Staates aufzeigt, wie zum Beispiel Bradley (Chelsea) Manning. Oder Julian Assange und Edward Snowden mit der Todesstrafe bedroht sind, weil sie die kriminellen Machenschaften veröffentlichen.

Hallo, klingelt es beim Begriff GUANTANAMO, wo man von den USA ohne Anklage endlos eingesperrt und gefoltert wird? Oder was ist mit den geheimen CIA-Gefängnissen und den Reditons? Oder mit den Killerdrohnen, die aus der Luft Zivilisten wahllos ermorden? Sind das keine Menschenrechtsverletzungen durch Washington? Von den mehr als 60 Umstürzen, militärischen Interventionen und Angriffskriegen der USA mit 20 Millionen Toten seit 1945 gar nicht zu reden.

Aber Russland ist wieder der Böse. Die Hetze gegen Russland und die Lügenverbreitung durch die Westmedien geschieht andauernd, als geistige (Anm. bewusstseinsmässige) Vorbereitung der Massen für einen Konflikt. Ich sag ja, die schrittweise Verteufelung, die Ausgrenzung und der Krieg gegen Russland laufen schon lange auf allen Ebenen. Es wird nur noch nicht geschossen!!!

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2016/10/russland-nicht-in-un-menschenrechtsrat.html#ixzz4OdrzHM96>

Ausverkauf in Äthiopien: Saudi-Arabien kauft massiv Ländereien am Horn von Afrika

31.10.2016 • 06:30 Uhr

Premierminister Hailemariam Desalegn hat den Ausnahmezustand verhängt. Ein Grund für die blutigen Unruhen in Äthiopien ist die Dürre und der fortschreitende Verkauf von wertvollem Ackerland an ausländische Investoren. Ganz vorne dabei ist Saudi-Arabien.

Kurz bevor Kanzlerin Merkel Mitte Oktober das Land am Horn von Afrika besuchte, wurde von Premierminister Hailemariam Desalegn der Ausnahmezustand ausgerufen. Vorerst für ein halbes Jahr. Eine nie dagewesene Protestwelle erschüttert das Land. Auslöser war der Plan der Regierung, im Rahmen eines «Entwicklungsplans» die Hauptstadt Addis Abeba ins Oromo-Umland auszudehnen.

Die Stadt Addis Abeba erlebt seit Jahren einen gewaltigen Bauboom und dehnt sich immer weiter ins Umland aus. Nachdem es bei den Demonstrationen gegen den «Entwicklungsplan» zu Dutzenden von Toten kam, kassierte die Regierung die Pläne wieder ein. Doch die Proteste gingen weiter. Nach Angaben von Amnesty International und Human Rights Watch sind inzwischen mindestens 500 Menschen bei Protesten von Sicherheitskräften erschossen worden. Zehntausende sitzen ohne Anklage in den Gefängnissen.

Ein wesentlicher Grund für die nicht abebbenden Unruhen ist die grösste Dürre der letzten 30 Jahre. Ganze Ernten verdorrten. Mittlerweile hat es zwar wieder geregnet, doch teilweise so stark, dass nun die Felder überschwemmt wurden. Vor diesem Hintergrund präsentiert sich das Problem des Landgrabbing, englisch für Landraub, in Äthiopien als tickende Zeitbombe.

Obwohl fast 31 Prozent der Bevölkerung in Äthiopien von Hunger bedroht sind, wie die Welthungerhilfe kürzlich bekannt gab, geht der Landverkauf weiter. In den vergangenen Jahren verkaufte oder verpachtete Äthiopien unter anderem über 500 000 Quadratkilometer seines besten Ackerlandes an Investoren aus Saudi-Arabien. Das entspricht in etwa dem Zwölffachen der Fläche der Schweiz.

Dieser enorme Verlust von Anbaufläche führt nicht nur zu weiterer Hungersnot, sondern auch zu einer wachsenden Vertreibung der einheimischen Bauern, die sich dann in den Slums der Grossstädte wiederfinden. Ein Teufelskreis, der immer mehr an Fahrt gewinnt, nicht nur in Äthiopien. 2009 wurde die Regierung in Madagaskar gestürzt, nachdem es zu blutigen Protesten kam. Der Präsident Marc Ravalomanana hatte einen Vertrag mit dem koreanischen Konzern Daewoo abgeschlossen. Über die Verpachtung einer Fläche in der Grösse von Belgien – zum Reisanbau. Doch was treibt eigentlich Saudi-Arabien nach Äthiopien? Die Antwort liegt in der stetig wachsenden Bevölkerung des Wüstenkönigreichs. Ursprünglich gab es in Saudi-Arabien Pläne, den Weizenanbau auf eine breitere

Grundlage zu stellen. Doch das Programm wurde 2008 wieder eingestellt. Die Versorgung der Felder mit Wasser stellte das Land vor unlösbare Probleme.

2009 während der Nahrungsmittelkrise begannen zusätzlich noch die grössten Weizenexporteure ihre Exporte zurückzufahren, was die Preise in astronomische Höhen trieb. Um der wachsenden Unruhe in der Bevölkerung entgegenzuwirken, machte sich Saudi-Arabien auf die Suche nach Land in Afrika. Und wurde in Äthiopien fündig. Mittlerweile ist Saudi-Arabien der grösste Akteur in der Region.

So hat zum Beispiel die Saudische Al-Rahji International for Investment Corporation (RAII) 2,5 Mrd. US-Dollar in Äthiopien investiert. In der Region Awassa pachtete der Investor 1000 Hektar Land für 99 Jahre. Etwa 1000 Frauen ernten und verpacken jeden Tag 50 Tonnen Gemüse, das anschliessend nach Saudi-Arabien verschifft wird.

Im saudi-arabischen Jeddah soll nun neben dem Containerhafen ein spezieller Hafen für Schüttgut gebaut werden, um die Importe umschlagen zu können. Laut dem internationalen Getreiderat (IGC) importiert Saudi-Arabien zur Zeit 7,3 Millionen Tonnen Gerste, 1,8 Millionen Tonnen Mais und 1,6 Millionen Tonnen Weizen. Es rangiert damit unter den Getreideimportländern hinter Japan, Mexiko, Ägypten und Südkorea auf Platz fünf. Ama Biney, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Birbeck College der University of London, stellt düstere Zeiten in Aussicht: «Landgrabbing ist eine Zeitbombe. Viele afrikanische Staaten, wie Äthiopien oder der Sudan, haben bereits jetzt schon die Fähigkeit verloren, ihre eigenen Bevölkerungen zu versorgen. Landgrabbing wird diese Situation noch weiter verstärken.»

Hinzu kommt, dass laut dem Fond für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) die Preise für Lebensmittel bis 2020 um bis zu 27 Prozent steigen werden. Für renditeorientierte Investoren eine weitere Einladung, noch weiter Land aufzukaufen.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/international/42472-athiopien-for-sale-saudi-arabiens/>

Putin: Die Menschen sind wütend, weil Politiker der Elite dienen und nicht den Interessen des Volkes

Veröffentlicht October 29, 2016 in Geopolitik von anonymous; Von rt.com



Wladimir Putin
Präsident von Russland



Deutscher Wirtschaftsminister Gabriel, dem die Argumente ausgegangen sind. Die Medien berichten: «Gabriel zeigt Neonazis den Mittelfinger».

Warum die Politikverdrossenheit bei der Bevölkerung im Westen stetig steigt, erklärte der russische Präsident Wladimir Putin. In Sotschi sind gestern Experten, Politiker und Journalisten aus aller Welt zusammengekommen. In diesem Jahr lautete der Titel der Veranstaltung: «Die Zukunft im Fortschritt: Die Welt von morgen gestalten.» Soziologische Studien rund um die Welt zeigen, dass Menschen in verschiedenen Ländern und auf verschiedenen Kontinenten dazu neigen, die Zukunft als düster und trübe zu sehen. Das ist traurig. Die Zukunft lockt sie nicht, sondern erschreckt sie. Gleichzeitig sehen die Menschen keine wirklichen Chancen und Mittel, um etwas zu verändern, Ereignisse zu beeinflussen und die Politik zu gestalten.

Ja, formal haben moderne Länder alle Attribute der Demokratie: Wahlen, Meinungsfreiheit und Zugang zu Informationen. Aber auch in den fortschrittlichsten Demokratien hat die Mehrheit der Bürger keinen wirklichen Einfluss auf den politischen Prozess und keinen direkten und wirklichen Einfluss auf die Macht.

Warum die Blockparteien ihre Wähler verlieren:

Die Menschen spüren eine stetig wachsende Kluft zwischen ihren Interessen und der Vision des «einzig richtigen Kurses» der Elite, den die Elite selbst gewählt hat. Das Ergebnis ist, dass Referenden und Wahlen immer häufiger

Überraschungen für die Behörden schaffen. Die Leute wählen überhaupt nicht mehr so, wie es die offiziellen und respektablen Medienvertretungen und etablierten Parteien ihnen geraten haben. Öffentliche Bewegungen, die jüngst noch zu weit links oder zu weit rechts waren, stehen im Mittelpunkt und drängen die politischen Schwergewichte zur Seite. Zuerst wurden diese unbequemen Ergebnisse eilig als Anomalie oder Zufall bezeichnet. Aber als sie häufiger wurden, fingen die Leute an zu sagen, dass die Gesellschaft diejenigen auf dem Gipfel der Macht nicht verstanden hat und noch nicht ausreichend gereift ist, um die Arbeit der Behörden für das öffentliche Wohl beurteilen zu können. Oder sie versinken in Hysterie und erklären es als Resultat ausländischer, meist russischer Propaganda.

Politiker dienen der Elite, übernationalen Oligarchen, die niemand gewählt hat:

Es scheint, als ob die Eliten die Spaltung in der Gesellschaft und die Erosion der Mittelschicht nicht sehen, während sie gleichzeitig ideologische Ideen implantieren, die meiner Meinung nach die kulturelle und nationale Identität zerstören. Und in gewissen Fällen untergraben sie in einigen Ländern nationale Interessen und verzichten auf Souveränität im Tausch für die Bevorzugung des Suzeräns [Oberherren].

Da stellt sich die Frage: Wer (agiert) da am Rand? Es ist die wachsende Klasse der supranationalen Oligarchie und Bürokratie, die in der Tat oft nicht gewählt und nicht von der Gesellschaft kontrolliert wird. Die Mehrheit der Bürger wollen einfache und schlichte Dinge – Stabilität, freie Entwicklung ihrer Länder, Perspektiven für ihr Leben und das Leben ihrer Kinder, die Erhaltung ihrer kulturellen Identität und schliesslich die grundlegende Sicherheit für sich und ihre Lieben.

Quelle: <http://derwaechter.net/putin-die-menschen-sind-wutend-weil-politiker-der-elite-dienen-und-nicht-den-interessen-des-volkes>

Amnesty wirft US-Koalition «wahllose Angriffe» in Syrien vor – mindestens 300 Zivilisten bei Luftangriffen getötet

Von Sonja Ozimek, 27. Oktober 2016; Aktualisiert: 27. Oktober 2016 9:40

Die US-geführte Koalition hat in Syrien seit 2014 Hunderte Zivilisten getötet. Dies wurde nun von der Menschenrechtsorganisation Amnesty International scharf kritisiert. Die Koalition würde «keine angemessene Vorkehrungen» treffen, um zivile Opfer zu vermeiden. «Einige dieser Angriffe sind unverhältnismässig und wahllos», kritisiert Amnesty.

Nach Angaben von Amnesty International, tötete die US-geführte Koalition während ihrer Luftangriffe in Syrien seit 2014 Hunderte von Zivilisten. Die Menschenrechtsorganisation fordert deshalb eine Untersuchung von «möglichen Verletzungen des Völkerrechts» während der sogenannten Kampagne gegen den Terror.

«Es ist höchste Zeit, dass die US-Behörden das gesamte Ausmass der Zivilschäden, die durch Koalitionsangriffe in Syrien verursacht wurden, aufarbeiten», sagte der stellvertretende Direktor des Amnesty International Büros im Mittleren Osten und Nordafrika, Lynn Maalouf, am Dienstag, berichtet das iranische Medium Press-TV.

Die Organisation gibt an, dass seit September 2014 nachweislich mindestens 300 Zivilisten in 11 Anschlägen der Washington-geführten Allianz getötet worden sind.

«Eine Analyse der verfügbaren Beweise deutet darauf hin, dass in jedem dieser Fälle die Koalitionskräfte nicht angemessene Vorkehrungen getroffen haben, um den Schaden für Zivilisten zu minimieren und Schäden an zivilen Objekten zu verhindern», so Maalouf.

Der Amnesty-Mitarbeiter forderte ferner unabhängige Untersuchungen über mögliche Verletzungen des Völkerrechts und forderte die Koalition auf, mehr Vorsichtsmassnahmen vor ihren Angriffen zu treffen. «Einige dieser Angriffe sind unverhältnismässig und wahllos», kritisiert Maalouf.

Im Juli hatte ein US-Raketenangriff offenbar mindestens 70 Zivilisten, meist Frauen und Kinder, in der Nähe der Stadt Manbij im Norden Syriens getötet. Es gibt auch Berichte, dass die US-geführten Angriffe bei zahlreichen Gelegenheiten die Anti-Terror Operationen der syrischen Streitkräfte sabotierten.

Im September traf ein US-geführter Luftangriff eine Militärbasis der syrischen Armee und tötete über 80 syrische Armeeeingehörige, weitere 100 wurden verletzt. Der Angriff auf die syrische Regierungsarmee half den Terroristen des Islamischen Staates (Anm. Islamistischen Staates), in der Gegend an Einfluss zu gewinnen.

Das US-Verteidigungsministerium hat bisher keine Stellungnahmen zum jüngsten Amnesty-Bericht abgegeben.

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/welt/amnesty-wirft-us-koalition-wahllose-angriffe-in-syrien-vor-mindestens-300-zivilisten-bei-luftangriffen-getoetet-a1959767.html>

Königin Margrethe II: «Es ist kein Naturgesetz, dass man ein Däne wird, wenn man in Dänemark lebt.»

By Annelind am 26. Oktober 2016

Königin Margrethe II. fordert die Dänen auf, deutlicher über die Werte zu sprechen, auf denen ihr Land begründet ist.

Die dänische Königin Margrethe II. hat sich mit Äusserungen zum Thema Integration in die Debatte um Einwanderung in Dänemark eingemischt. Im Buch «Die tiefsten Wurzeln – Die Königin spricht über Dänemark und die Dänen» wird die Monarchin mit den Worten zitiert: «Es ist kein Naturgesetz, dass man ein Däne wird, wenn man in Dänemark lebt.» Das Buch wurde von Thomas Larsen, Redakteur der Zeitung «Berlingske» geschrieben. Es wird am Donnerstag veröffentlicht. Die «Berlingske» berichtete bereits am Sonntag darüber.

Demnach fordert Königin Margrethe die Dänen auf, deutlicher über die Werte zu sprechen, auf denen ihr Land begründet ist. Und sie sollten es wagen, Anforderungen an die Menschen zu stellen, die ein Teil der dänischen Gesellschaft werden wollen. «Daran müssen wir arbeiten, und gelegentlich muss man den Menschen den Stuhl vor die Tür stellen und sagen: Hey! So geht das nicht.»

Es ist nicht ungewöhnlich, dass sich Königin Margrethe zum Thema Einwanderung äussert. Der Historiker Sebastian Olden-Jørgensen von der Kopenhagener Universität meint aber, ihr Tonfall habe sich geändert: «Königin Margrethe hört auf die Besorgnis in der Bevölkerung und reagiert nun auf den sich ändernden Konsens – von einer überwiegend toleranten und flüchtlingsfreundlichen Linie zu einer zunehmend besorgten Position», sagte er der Nachrichtenagentur Ritzau.

Quelle: die Presse (APA/dpa) bzw. <http://www.denken-macht-frei.info/koenigin-margrethe-ii-es-ist-kein-naturgesetz-dass-man-ein-daene-wird-wenn-man-in-daenemark-lebt/>

Gambia kündigt Rückzug aus Haager Strafgerichtshof an – «Kriegsverbrechen westlicher Politiker werden ignoriert»

Epoch Times 26. October 2016 Aktualisiert: 26. Oktober 2016 7:05

«Seit der Gründung des IStGH haben viele westliche Länder, mindestens 30 von ihnen, abscheuliche Verbrechen gegen unabhängige Staaten und deren Bürger begangen, und kein einziger westlicher Kriegsverbrecher wurde je angeklagt», kritisierte Minister Bojang.



Internationaler Starfsgerichtshof in Den Haag, Niederlande

Foto: JERRY LAMPEN/AFP/Getty Images

Der westafrikanische Staat Gambia zieht sich aus Protest gegen die Behandlung von Afrikanern vom Internationalen Strafgerichtshof zurück. Gambias Informationsminister Sheriff Bojang warf dem Gericht in Den Haag am Dienstag die «Verfolgung und Demütigung von Menschen mit dunkler Hautfarbe, insbesondere von Afrikanern» vor. Die «Kriegsverbrechen» westlicher Politiker ignoriere das Gericht hingegen völlig, beklagte der Minister.

Mit der Entscheidung zum Verlassen des IStGH – als dessen Chefanklägerin die Gambierin Fatou Bensouda fungiert – folgt Gambia entsprechenden Beschlüssen Südafrikas und Burundis. Auch Namibia und Kenia schliessen einen solchen Schritt nicht aus. Einige afrikanische Länder werfen dem IStGH eine postkoloniale Voreingenommenheit gegenüber Anführern des Kontinents vor.

Neun der bislang zehn Ermittlungen des IStGH betrafen afrikanischen Länder, eine Georgien. Der IStGH ahndet seit 2002 schwerste Vergehen im Rahmen des Völkerstrafrechts, darunter Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen.

Als Beleg für eine Voreingenommenheit des Strafgerichtshofes nannte Gambias Informationsminister die Weigerung des IStGH, den früheren britischen Premierminister Tony Blair wegen des Irak-Kriegs anzuklagen. «Seit der Gründung des IStGH haben viele westliche Länder, mindestens 30 von ihnen, abscheuliche Verbrechen gegen unabhängige Staaten und deren Bürger begangen, und kein einziger westlicher Kriegsverbrecher wurde je angeklagt», kritisierte Minister Bojang.

Nichtregierungsorganisationen werfen der Regierung Gambias regelmässig schwere Verletzungen der Menschenrechte vor. Präsident Yahya Jammeh, der 1994 durch einen Putsch an die Macht kam, regiert das kleine Land mit harter Hand. Ihm wurde mehrfach vorgeworfen, politische Gegner verschwinden zu lassen. (afp)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/welt/gambia-kuendigt-rueckzug-aus-haager-straengerichtshof-an-kriegsverbrechen-westlicher-politiker-werden-ignoriert-a1958836.html>

HC Strache: FPÖ ist ein «Stachel im Fleisch der Mächtigen» und «Merkel ist die gefährlichste Politikerin Europas»

Von Sonja Ozimek 25. Oktober 2016; Aktualisiert: 25. Oktober 2016 13:17

FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache übte in einer Rede zum bevorstehenden Nationalfeiertag in Österreich heftige Kritik an der EU und an der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Europäische Union sei «eine Handlangerin von Konzerninteressen und der Spielball einer abgehobenen Elite, die die Souveränität der Mitgliedsstaaten mit Füßen trete». Und die Kanzlerin sei «die gefährlichste Politikerin Europas».

«Das Recht geht vom Volk aus» – war das Motto der diesjährigen Rede zum bevorstehenden Nationalfeiertag am 26. Oktober von FPÖ-Chef HC Strache im Wiener Palais Epstein.

Vor Hunderten Zuschauern richtete er sich gegen die rot-schwarze «Stillstands-Koalition» und deren Flüchtlingspolitik. Sowie gegen die deutsche Kanzlerin. Strache bezeichnete Angela Merkel als «die gefährlichste Politikerin Europas», berichtet die «Kronen-Zeitung».

Durch die kriminelle Flüchtlingspolitik der deutschen Bundeskanzlerin sei dem ungebremsen Ansturm von Millionen Menschen nach Europa Tür und Tor geöffnet worden und habe «ganz Europa in Gefahr» gebracht.

«Sie ist die gefährlichste Politikerin Europas. Sie öffnete mit ihrer Willkommenspolitik alle Schleusen für Islamisten, Armutsimmigranten und Glücksritter, deren Weltbild nicht zu unserem Europa passt», so Strache. Der Politiker sprach von einer vorprogrammierten «Katastrophe» und einem möglichen Bürgerkrieg. Obwohl Strache die Europäische Union kritisierte, betonte er aber, dass ein Austritt aus der EU für die FPÖ nicht infrage komme. «Kritik muss in einem friedlichen Europa aber erlaubt sein», so Strache.

Die Souveränität Österreichs «ist in Gefahr»

Die Souveränität Österreichs sei derzeit massiv gefährdet, so der Chef der Freiheitlichen weiter. Damit meinte er das «Durchwinken des umstrittenen transatlantischen Freihandelsabkommens CETA», sowie die «unschönen Vorfälle rund um die Bundespräsidentenwahl». Zudem betonte Strache die «einseitige Berichterstattung durch den ORF» und «die Gefahr der Islamisierung» sowie die Probleme, die in Österreich durch die «ungebremsste Massenzuwanderung» geschaffen werden, heisst es auf der Webseite der Partei.

Die Europäische Union sei «eine Handlangerin von Konzerninteressen und der Spielball einer abgehobenen Elite, die die Souveränität der Mitgliedsstaaten mit Füßen trete», kritisiert Strache. «Umso mehr haben wir Freiheitliche die Pflicht, diese nationalstaatliche Souveränität hochzuhalten. Die Aushöhlung nationalstaatlicher Souveränität durch die Hintertür ist aus unserer Sicht völlig inakzeptabel.» Nur ein Staat, der wirklich souverän sei, könne seine Unabhängigkeit bewahren. «Neutralität ohne Souveränität ist nicht denkbar», so der FPÖ-Obmann.

Der Region Wallonien in Belgien müsse man Respekt zollen, den sie habe ihre Zusage zum umstrittenen Freihandelsabkommen mit Kanada bisher verweigert. Im Gegensatz dazu, hat Österreich dem Abkommen zwischen der EU und Kanada zugestimmt.

Ein EU-Beitritt der Türkei: «Unrealistisch und unzumutbar»

Ein EU-Beitritt der Türkei sei für die FPÖ undenkbar. «Die nationalen und religiös-kulturellen Bruchlinien sind oftmals unüberwindlich. Die Türkei ist weder kulturell noch geografisch ein Teil Europas und darf daher aus grundsätzlichen Erwägungen nicht in die Europäische Union aufgenommen werden», so HC Strache. Aus

der Türkei würden Menschen nach Österreich kommen «die gar nicht daran denken, sich zu integrieren, geschweige denn zu assimilieren. Die ethnisch-kulturell fremde Zuwanderung darf ein gewisses Mass nicht überschreiten, wenn eine Anpassung möglich sein soll.»

Strache betonte aber, dass es «ein Gebot der Menschlichkeit» sei, den aus rassistischen, religiösen oder politischen Gründen Verfolgten politisches Asyl in Österreich zu gewähren, «solange ein Schutzbedürfnis bestehe». Aber ein Missbrauch der Gastfreundschaft und die Missachtung der gesetzlichen Gleichstellung von Mann und Frau durch Moslems seien jedoch strikt anzulehnen. «Aus diesem Grund fordert die FPÖ auch ein gesetzliches Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum.»

Norbert Hofer (ist ein guter Schutzherr Österreichs)

Zum Abschluss seiner Rede sagte der FPÖ-Chef, dass die Freiheitlichen schon lange vor diesen Entwicklungen gewarnt hätten. Diese Probleme gäbe es nicht, wenn die politischen Regierungsträger Entscheidungen getroffen hätten, die dem Bürgerwillen entsprechen.

Aber die etablierte Politik und ihre «gekauften» Medien hätten versucht, die Freiheitlichen mundtot zu machen, kritisiert Strache. «Wir Freiheitliche werden weiterhin die Sorgen der Österreicherinnen und Österreicher ernst nehmen, Missstände beim Namen nennen und der Stachel im Fleisch der Mächtigen bleiben.»

Ein Garant dafür sei sein Parteikollege Norbert Hofer, der als österreichischer Präsidentschaftskandidat im Dezember erneut gegen seinen Konkurrenten Alexander Van der Bellen zur Hofburg-Wahl antreten wird. Hofer sei ein «ein guter Schutzherr Österreichs in einem gemeinsamen Europa», so Strache und verspricht, dass der FPÖ-Kandidat als Österreichs Präsident für «Offenheit und Transparenz» sorgen werde.

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/europa/hc-strache-fpoe-ist-ein-stachel-im-fleisch-der-maechtigen-und-merkel-ist-die-gefaehrlichste-politikerin-europas-a1958121.html>

Historiker Daniele Ganser über den illegalen Syrienkrieg:

«Merkel betreibt Luftaufklärung für die al-Qaida»

Von Sonja Ozimek 25. Oktober 2016; Aktualisiert: 26. Oktober 2016 7:45

Daniele Ganser ist ein Schweizer Publizist und Historiker. Er wurde mit seiner 2005 veröffentlichten Dissertation über «NATO-Geheimarmeen» bekannt und veröffentlicht unter anderem Untersuchungen zum globalen Fördermaximum von Erdöl. Ganser greift auch die umstrittenen offiziellen Untersuchungsergebnisse zum 11. September 2001 – 9/11 – auf, wobei er immer wieder auf den Einsturz des WTC7 hinweist.

Es gibt verschiedene Meinungen zum Syrienkrieg. In den westlichen Medien ist meistens zu lesen und zu hören, dass es sich in Syrien um einen Bürgerkrieg handle. Doch Kritiker und Beobachter sehen das anders. So auch Daniele Ganser. Der Historiker und Friedensforscher hat eine klare Meinung zum Syrienkrieg: «Es ist kein Bürgerkrieg.» Aktuell versuche man in Syrien, einen «Regime-Change» herbeizuführen. Es gebe Staaten, wie Saudi-Arabien, Katar, die Nato-Länder Türkei, USA, Grossbritannien, Frankreich und jetzt auch Deutschland, die «die Regierung in Syrien stürzen wollen», sagt Ganser im Interview mit dem deutschen Journalisten Ken Jebsen. Der Grund: Diese Länder wollen das ganze syrische Gebiet kontrollieren, das sehr reich an Öl und Gas ist.

Der Pipelinekrieg

Im Persischen Golf, der zwischen Saudi-Arabien und dem Iran liegt, befindet sich das grösste Gasfeld der Welt. Dieses Gasfeld wird von zwei Ländern genutzt – Katar und dem Iran. Beide Länder möchten ihr Gas auf dem europäischen Weltmarkt verkaufen. Aber nicht in Kooperation. Denn die beiden Länder stehen im Clinch. Es herrscht ein Konflikt zwischen den Schiiten im Iran und den Sunniten in Katar, Saudi-Arabien und der Türkei. Der Iran und Katar gewinnen bereits heute Erdgas von diesem Feld, erklärt Ganser. Um es wirklich profitabel zu machen, müssen die beiden Länder es nach Europa befördern. Dort wartet ein Milliardengeschäft. Zur Beförderung des Gas wollen Katar sowie der Iran eine eigene Pipeline bauen. Katar hatte den Plan, die Pipeline durch Saudi-Arabien, weiter durch Syrien und dann in die Türkei zu bauen. Von dort aus sollte das Gas auf den europäischen Markt gelangen. Das Projekt sollte 2009 starten – zwei Jahre vor dem Kriegsausbruch in Syrien. Saudi-Arabien und die Türkei stimmten dem Bau der Pipeline zu, Syrien nicht.

Nach Ansichten des Historikers sind diese Gaspipelines ein Grund, warum in Syrien bereits seit über fünf Jahren Krieg herrscht.

Eine Million Tote durch den Angriffskrieg auf den Irak

Der syrische Präsident Baschar al-Assad gehört zur Religionsgemeinschaft der Alawiten, die dem schiitischen Spektrum angehören. Deshalb steht Assad auf der Seite des schiitischen Iran. Der Iran seinerseits unterstützt Assad.

Sowohl die Pipeline von Katar als auch die vom Iran würden auch durch den Irak führen. «Der Irak ist ein besetztes Land», sagt Ganser. 2003 haben der ehemalige US-Präsident George Bush und der ehemalige britische Premierminister Tony Blair ohne UNO-Mandat den Irak angegriffen. «Das war ein illegaler Angriffskrieg. Das sagte auch der damalige UNO-Generalsekretäre Kofi Annan», betont der Historiker. Dies sei ein «grosses Verbrechen» gewesen. Ganser sagt: «Eigentlich müssten Bush und Blair vor ein Kriegsverbrechertribunal in Den Haag gestellt werden.» Aber das passiere nicht, weil «sie sehr, sehr mächtig seien».

Die Amerikaner und die Briten hätten Saddam Hussain gestürzt und die gesamte irakische Regierung, die aus Sunniten bestanden habe, durch Schiiten ersetzt. Das habe dazu geführt, «dass die Sunniten im Irak keine Partizipation mehr hatten an der Macht. Das bedeutet, sie sind in den Untergrund gegangen. Und entschlossen sich dazu, die Besetzung des Iraks durch die Briten und die Amerikaner zu bekämpfen,» erklärt Ganser.

1940 als Frankreich von Deutschland besetzt wurde, habe man eine solche Bewegung Resistance also Widerstandsorganisation genannt. Aber heute würde man die Menschen im Irak, die sich gegen die Besetzung des Westens auflehnten «als Terroristen bezeichnen», so Ganser. «Die radikalen Sunniten, die sich jetzt dem IS angeschlossen haben, wurden durch die Besetzung der Amerikaner und Briten radikalisiert. Der Angriff des Westens hat die ganze Region ins Chaos gestürzt.» Seit dem Angriffskrieg der USA und Grossbritanniens im Jahr 2003 sind eine Million Tote im Irak zu beklagen.

Regime-Change in Syrien seit 2006 geplant

Der Friedensforscher erklärt auch, dass Amerika ein «Imperium» sei. Die USA haben die meisten militärischen Stützpunkte weltweit, die meisten Flugzeugträger und das grösste Militär. Dieses Imperium würde die Religionsgräben im Nahen Osten ausnutzen, um seine geopolitischen Ziele umzusetzen.

Für die USA sei Syrien zu nahe an Russland. Die Russen unterstützen Assad. Auch im eigenen Interesse, so der Historiker. Russland hat Militärstützpunkte in Syrien und beliefert die syrische Regierung mit Waffen.

Zudem wollen die Russen nicht, dass Katar den Erdgasmarkt in Europa überschwemmt. Durch die Firma Gazprom liefert Russland sein Erdgas nach Europa. Sollte Assad von den Nato-Ländern gestürzt werden und Katar diese Pipeline bauen, dann verliert Russland den Einfluss auf dem europäischen Erdgasmarkt.

Amerika habe seinerseits schon im Jahre 2006 studiert – das weiss man aus WikiLeaks –, wie man «Syrien kaputt machen könne», so Ganser weiter. Damals seien die USA zum Ergebnis gekommen, die religiösen Spannungen müssten angeheizt werden. Dafür hätten die Amerikaner 5 Millionen Dollar investiert und Dissidenten bezahlt, um in Syrien ein Chaos anzustiften, erklärt der Historiker. Der US-Ausnahmejournalist Seymour Hersh habe darlegen können, dass es sich in Syrien nicht um einen Bürgerkrieg handle, der von einem Tag auf den anderen ausgebrochen sei, sondern der von aussen angestiftet wurde. Demnach hätten die USA damals schon einen Regime-Change vorbereitet. «Was aus der Sicht Washingtons schiefgegangen ist», so Ganser, «ist, dass der Regime-Change so lange dauert.» Andere Regime-Changes, wie der Sturz von Muhammad Gaddafi 2011 in Libyen und andere, hätten sich schneller vollziehen lassen.

«Merkel macht Luftaufklärung für die al-Qaida»

Dem Historiker zufolge ist auch klar: Katar, Saudi-Arabien und die Türkei, gemeinsam mit Frankreich, Grossbritannien und den USA sind die Angreifer im Syrienkrieg. Ganser wundert sich deshalb, dass die deutsche Kanzlerin Angela Merkel diese Angreifer unterstütze. «Es ist erstaunlich, dass die deutsche Bundeskanzlerin Merkel sich einfach auf die Seite der Angreifer stellt», so Ganser. Denn der Angriffskrieg ist seit Hitlers Angriff auf Polen illegal. In Syrien gehe es nicht um Menschenrechte, sondern um Öl und Gas, betont der Friedensforscher. Die Leute würden sich auch schon wundern: «Warum steht Deutschland auf der Seite von Saudi-Arabien?» Die Saudis würden jedes Jahr «X Menschen» enthaupten. «Und mit so einem Partner sollen die Terroristen des Islamischen Staates (Anm. Islamistischen Staates) bekämpft werden, die auch Menschen enthaupten?», so Ganser.

Die Deutschen machten zwar «nur» Luftaufklärung, aber das sei schon ein Verbrechen. «Man darf keine Flugzeuge in einen anderen Luftraum schicken. Die Deutschen würden sich auch bedanken, wenn die syrische Luftwaffe über Bayern kreuzen würde», so Ganser weiter. Die Deutschen machten in Syrien «Bilder von den Truppenbewegungen am Boden. Diese Bilder werden dem Kommandopunkt der Amerikaner, Saudis, Türken und Briten weitergeleitet. Und diese Länder geben die Angaben an die «moderaten» Rebellen weiter. Aber von den moderaten Rebellen geht das immer weiter zur al-Nusra Front und die al-Nusra Front ist die al-Quaida», erklärt der

Historiker. Und wenn man dann den Bogen spannte, könnte man sagen «Merkel macht Luftaufklärung für die al-Qaida.» Wenn Merkel wirklich dem Frieden dienen würde, würde sie die Bundeswehr aus Syrien abziehen lassen, so Ganser.

Das Feindbild «böser Muslim»

Die Bombardierung Syriens werde als «Terrorbekämpfung» und als «humanitärer Krieg» verkauft. Dies sei «Blödsinn», meint der Experte. Das Gegenteil sei der Fall, dieser Krieg fördere den Terrorismus. Zudem würde der Einsatz in Syrien auch die Flüchtlingsströme nach Europa fördern. Der Terror entstehe überhaupt erst dadurch, dass der Westen diese Länder besetzt.

Es ist eben Fakt, dass das Gas und das Öl bei den Muslimen ist, so Ganser. Und seit 2001 habe man dem Westen das Feindbild «böser Muslim» eingepflegt. Dadurch könnten die Nato-Länder nun unter dem Vorwand «böser Muslim» von einem Krieg zum nächsten ziehen. Dabei würden viel mehr Muslime getötet, als Muslime andere Menschen bei Terroranschlägen in Europa oder Amerika getötet hätten, betont Ganser. Hinzu komme noch, dass «diese Terroranschläge sehr undurchsichtig sind». In den westlichen Medien werde dann permanent von den 3000 Toten von 9/11 in New York gesprochen, aber die 200 000 Toten in Afghanistan spielten keine Rolle. Auch die eine Million Toten im Irak, sowie die 40 000 Toten in Libyen spielten keine Rolle.

Für die Kriegspropaganda des Westens sei es sehr wichtig, nur von den eigenen Toten aber nie über die anderen Toten, die man selbst produziert habe, zu sprechen. «Wir haben in den Nato-Ländern die Propaganda, welche die Kriegstoten der Nato-Kriege systematisch ausblendet», kritisiert Ganser und fügt hinzu: «Und wenn von unserer Seite jemand bei einem Terroranschlag stirbt, dann wird das sofort wieder verwendet, um Leute zu töten. Das ist Barbarei!»

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/welt/historiker-daniele-ganser-ueber-den-illegalen-syrienkrieg-merkel-betreibt-luftaufklaerung-fuer-die-al-qaida-a1958250.html>

Neue Richtlinie der Jobcenter: Noch mehr Willkür bei Überwachung, Verdächtigung und Bestrafung Erwerbsloser – Nachverfolgung bis ins Schlafzimmer möglich

Susan Bonath; RT Deutsch; Mo, 24 Okt 2016 06:30 UTC

Ermitteln, bespitzeln und bestrafen aus einer Hand: Jobcenter in Deutschland haben laut Arbeitsagentur Kompetenzen wie Staatsanwälte. Selbst auf intimste Spitzeleien verzichten die Staatsdiener dabei nicht.

Dass ein Gerichtsvollzieher für eine Familie im Hartz-IV-Bezug beim Jobcenter monatelang vorenthaltene Leistungen pfändet, wie es der Rechtsanwalt Dirk Feiertag vor einigen Tagen in Leipzig erwirkt hatte, ist ein seltenes Resultat juristischer Hartnäckigkeit. **Gewöhnlich geht es andersrum: Eine regelrechte Arbeitslosenpolizei kontrolliert und bespitzelt Erwerbslose und aufstockende Sozialleistungsbezieher.**

Bis ins Schlafzimmer verfolgt

Eine Mandantin der Bremer rightmart Rechtsanwalts-gesellschaft mbH wird vom Jobcenter Stade (Niedersachsen) dieser Tage bis ins heimische Schlafzimmer verfolgt. Die schwangere Hartz-IV-Berechtigte konnte der Behörde den Namen des Kindesvaters nicht nennen. Den wollte das Amt aber zum Unterhalt verpflichten. Es schickte ihr prompt einen Fragebogen.

In dem von der Kanzlei am 19. Oktober veröffentlichten Papier soll die werdende Mutter nun erklären, mit wem sie in der Empfängniszeit Geschlechtsverkehr gehabt habe. Den oder die Männer müsse sie mit Namen und Geburtsdatum nennen, forderte das Jobcenter. Lügen ihr diese Informationen nicht vor, habe sie dies «ausführlich und nachvollziehbar» zu begründen. Schliesslich forderte das Jobcenter sie auf, eine Belehrung zu unterschreiben: Sie sei ausdrücklich darüber informiert worden, dass «ich eine strafbare Handlung begehe, wenn ich den Kindesvater absichtlich verschweige».

«Wir haben schon einiges erlebt, aber das schlägt dem Fass den Boden aus», sagte Rechtsanwalt Jan F. Strasmann im Gespräch mit der Autorin. Deshalb habe er recherchiert, ob das wirklich real ist. Nun ist für ihn klar: Das Schreiben ist so absurd wie authentisch. «Das Jobcenter hat hier sämtliche rechtliche und moralische Grundsätze missachtet», so Strasmann. Der Anwalt werde den Fall weiterverfolgen. Auskunft geben muss seine Mandantin nach seiner Einschätzung nicht, ein Ja oder Nein auf die Frage, ob sie den Vater kenne, sei gerade noch an der Grenze dessen, was eine Behörde zu interessieren habe.

Das Jobcenter selbst hat Anfragen bislang nicht beantwortet. Eine Pressestelle gibt es dort nicht. Die Arbeitsagentur Stade teilte mit, der Geschäftsführer sei derzeit ausser Haus. Dessen Stellvertreter wolle sich weder zum Fragebogen noch zu den Methoden des Jobcenters äussern. Für den Anwalt ist klar: Das Jobcenter hat seine Kompetenzen **in eklatanter Weise überschritten**, um Geld vom Kindesvater einzutreiben.

Harte Strafen gegen Mittellose

Der mittellosen Schwangeren droht nun einiges Ungemach. Befindet das Jobcenter, sie schweige absichtlich, kann sie nicht nur zu einer «Ersatzpflicht bei sozialwidrigem Verhalten» – früher verfolgten die Nazis Mittellose als «Asoziale» – herangezogen werden. **Das heisst: Das Jobcenter könnte ihr über Jahre einen fiktiven Unterhalt anrechnen, auch wenn sie ihn gar nicht bekommt und so die staatlichen Leistungen minimieren. Darüber hinaus droht der Frau ein hohes Bussgeld von bis zu 5000 Euro. Um das festzusetzen, haben Jobcenter weitgehend freie Hand: Sie verdächtigen, ermitteln und bestrafen eigenmächtig.** In einer seit dem 20. Oktober gültigen Dienstanweisung stellt die Bundesagentur für Arbeit klar: **Sachbearbeiter der Hartz-IV-Behörden «besitzen weitgehend dieselben Rechte wie die Staatsanwaltschaft bei der Verfolgung von Straftaten».** Mit einer Ausnahme: Einsperren darf die Arbeitslosenpolizei (noch) niemanden.

Die Bussgeldparagraphen 63 und 64 im Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) reihen sich ein in einen **Wust stringenter Erziehungs- und Bestrafungsregeln**, zu dem auch die als «Rechtsfolgen» deklarierten Sanktionsregeln gehören, wonach Betroffenen bei Verstössen gegen Auflagen das Existenzminimum bis auf null gekürzt werden kann. Bei allem geht es um «sozialwidriges Verhalten». Das ahnden Jobcenter heute nicht mehr mit Knast und Arbeitslager. Sie nennen es Ordnungswidrigkeit und verhängen Geldbussen.

Dritte sollen denunzieren

Das sogenannte OWi-Verfahren (Ordnungswidrigkeit) kann Hartz-IV-Berechtigte bereits ab einem Alter von 14 Jahren einholen. **Auch zu Leistungsbeziehern im tatsächlichen oder vermuteten finanziellen Verhältnis stehende Dritte sind davor nicht gefeit.** Das können laut Gesetzestext Arbeitgeber, Vermieter oder vermeintliche oder tatsächliche Partner sein. Auch Verwandte oder Freunde können verfolgt werden, wenn der Verdacht besteht, sie bewahrten für den Betroffenen Wertsachen oder Vermögen auf. Sie alle müssen sich nur einen Fehltritt leisten, etwa eine vom Amt verlangte Auskunft verweigern, bzw. nicht vollständig oder nicht rechtzeitig mitteilen.

Die Bundesagentur für Arbeit weist in ihren 75 Seiten umfassenden Fachlichen Hinweisen die Sachbearbeiter der Arbeitsvermittlung oder Leistungsabteilung der Jobcenter an, selbständig Verdachtsfällen auf den Grund zu gehen. Haben sie genügend Material zusammengetragen, sollen sie die Akten an die hausinterne OWi-Abteilung weiterreichen. Diese können dann wiederum im eigenen Ermessen ein Ordnungsgeld festsetzen, ähnlich wie Stadt- oder Kreisbehörden es mit Falschparkern oder Rasern tun. Dabei spielt es laut Gesetzestext keine Rolle, ob die Betroffenen «vorsätzlich oder fahrlässig» gehandelt haben.

In einer weiteren Dienstanweisung vom 1. August, die 48 Seiten umfasst, beschreibt die Agentur: Fahrlässig sei es zum Beispiel, wenn «der 19-jährige(n) Tochter eines erwerbsfähigen Leistungsberechtigten vorgeworfen (wird), eine Nebentätigkeit nicht mitgeteilt zu haben.» Sie behaupte darauf «unwiderleglich, nicht gewusst zu haben, dass sie mitteilungspflichtig ist.» Der Vater habe bisher die Angelegenheiten geregelt. Dieser Tatbestandsirrtum könne als fahrlässiges Handeln mit einem Bussgeld geahndet werden.

Doch damit nicht genug: Selbst wenn am Ende herauskommen sollte, dass ein OWi-Verfahren unbegründet eingeleitet wurde, bekommen Ex-Verfolgte nicht automatisch damit verbundene Kosten ersetzt. Selbst Leistungsbezieher, die schon aufgrund ihres Status bedürftig sind, müssen die Kostenübernahme auf gut Glück beantragen. Und wieder entscheidet die Behörde nach eigenem Ermessen, ob sie private Auslagen der Leistungsberechtigten für das eigene fehlerhafte Amtsverfahren erstattet. **Das heisst schlussendlich: Verdächtigen kann das Jobcenter jeden. Ob «schuldig» oder nicht, blechen wird er sehr wahrscheinlich dafür selbst.**

Quelle: <https://de.sott.net/article/26669-Neue-Richtlinie-der-Jobcenter-Noch-mehr-Willkur-bei-Uberwachung-Verdachtigung-und-Bestrafung-Erwerbsloser-Nachverfolgung-bis-ins-Schlafzimmer-moglich>

Carolin Emcke und der Hass

24. Oktober 2016

Die Publizistin Carolin Emcke hat gerade den mit 25 000 Euro dotierten Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhalten. Ihr neuer Essay «Gegen den Hass» wird damit zu einer Message des gesamten Establishments,

das immer mehr dazu übergeht, die Wehrhaftigkeit der angeblich Toleranten zu betonen. **Wo hier das Problem liegt, erklärt Felix Menzel.**



Bild: Carolin Emcke, von: Heinrich-Böll-Stiftung, flickr, CC BY-SA 2.0

In der Dankesrede von Carolin Emcke, die sie gestern in der Frankfurter Paulskirche vor Jürgen Habermas, Joachim Gauck und Co. halten durfte, gibt es eine Schlüsselstelle. Sie lautet:

«Sie stehen vielleicht nicht selbst auf der Strasse und verbreiten Angst und Schrecken, die Populisten und Fanatiker der Reinheit, sie werfen nicht unbedingt selbst Brandsätze in Unterkünfte von Geflüchteten, reißen nicht selbst muslimischen Frauen den Hidschab oder jüdischen Männern die Kippa vom Kopf, sie jagen vielleicht nicht selbst polnische oder rumänische Europäerinnen, greifen vielleicht nicht selbst schwarze Deutsche an – sie hassen und verletzen nicht unbedingt selbst. **Sie lassen hassen.»**

Emcke unterstellt hier pauschal allen Patrioten, Konservativen und Einwanderungskritikern, sie würden Schlägerbanden damit beauftragen, Ausländer anzugreifen. Mit dieser Ideologie des Verdachts und der Unterstellung trägt sie gerade nicht zum Dialog bei. Sie macht ihn unmöglich und beleidigt all jene, die ihre Kritik an der Masseneinwanderung sachlich und korrekt in Worte fassen.

Habe den Mut zu handeln, statt dich nur unauffällig zu verhalten!

Es ist ein Gedankenverbrechen, das Emcke anprangert und ausrotten will. Damit erweist sich ihre Warnung vor dem Hass als ein Hass auf Andersdenkende, die sie als «Neonationalisten» verunglimpft. Einzig eine totalitäre Gesinnungsdiktatur wäre in der Lage, diese Andersdenkenden präventiv zu bestrafen. Ob sie das will, lässt Emcke offen. Statt dessen missbraucht sie Hannah Arendt und ihr Werk «Vita activa», um zu begründen, dass wir gegen Hass «sprechen und handeln» müssen. «Handeln» kann in diesem Kontext aber nur «Verbieten und Bestrafen» heissen, was wiederum auf einen «Tugendterror» hinauslief, wie ihn Thilo Sarrazin beschrieben hat.

Hannah Arendt verstand dagegen unter «Handeln» etwas völlig anderes. Sie unterschied es vom «Sich-Verhalten». Die schrankenlose Demokratie habe eine Tendenz zur Gleichmacherei. Wer handelt, statt sich nur gleich wie alle anderen zu verhalten, bringt also den Mut auf, auszuscheren, einen Neuanfang und damit das «unendlich Unwahrscheinliche» zu wagen. Arendt kritisiert in «Vita activa» übrigens auch die Entwurzelung aller Menschen weltweit und die Unfähigkeit der modernen Gesellschaft, «zu trennen und zu verbinden». Darauf legte sie deshalb so viel Wert, weil feste Gemeinschaften mit klaren Vorhaben und Versprechen der total individualisierten Gesellschaft «fraglos» überlegen seien.

Carolin Emcke will den bindungslosen Individualisten, der überall auf der Welt gleich ist

Emcke betont zwar, sie strebe eine Welt der Vielfalt an. Diese darf sich aber nur auf individueller Ebene abspielen. Das heisst: Der Mensch darf bei ihr konsumieren, was er will und es treiben, mit wem er will. Die eigene Meinung darf er auch sagen – allerdings nur, solange damit die kunterbunte «One World» nicht in Frage gestellt wird.

Wird eine solche Meinung zur Staatsdoktrin, droht allen, die das deutsche Volk als Kollektiv erhalten wollen, politische Verfolgung. Im besten Fall erfolgt diese durch Gutmenschen, die Karrieren zerstören, Räumlichkeiten kündigen und militante Antifaschisten unterstützen. Im schlimmsten Fall – und an diesem Scheideweg stehen wir gerade – droht eine Stasi 2.0, bei der die Zivilgesellschaft und der Staat gleichermassen mitwirken.

Hass ist selbstverständlich ekelhaft. Andere Menschen allein aufgrund ihrer Hautfarbe abzulehnen, ist genauso inakzeptabel wie Andersdenkende zu diskriminieren. Mit ihrer Rede hat sich Emcke selbst auf das Niveau derjenigen Fremdenfeinde gestellt, die Ausländer hassen statt eine falsche Politik zu kritisieren. Dagegen hilft nur

ein gemeinschaftlicher Aufstand der Vernünftigen! Dieser muss sich für Meinungsfreiheit und eine Politik im Interesse aller Deutschen aussprechen und damit gegen Tugendterror und kollektive Selbstabschaffung!

Quelle: <http://einwanderungskritik.de/carolin-emcke-und-der-hass/>

IMPRESSUM**FIGU-ZEITZEICHEN**

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

Postcheck-Konto: FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2016

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz